

Kurt Gritsch

NIE WIEDER KRIEG (OHNE UNS)!

DIE ROLLE VON GRÜNEN, LINKEN UND MEDIEN IM KOSOVO-KRIEG

TELEPOLIS

Inhaltsverzeichnis

Titel

Vorwort

"Kosovo-Krieg": Wie die Erinnerung an den Holocaust als Rechtfertigung für die Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik missbraucht wurde

SPD und Grüne im Kosovo-Diskurs 1999

Ein Bürgerkrieg wird zum Holocaust uminterpretiert

Der "Kosovo-Krieg" als deutsche Vergangenheitsbewältigung

"Der Serbe ist der Kriegsverbrecher, und der Albaner das Opfer"

Berichterstattung als Feindbildstilisierung

Fußnoten

Über den Autor

Impressum

Vorwort

Als im Spätherbst 1989 die Mauer fiel, erschien dies vielen als Morgenrot eines neuen Friedenszeitalters. Und Deutschland, das seit 1945 außenpolitischer Aggression nolens volens eine Absage erteilt hatte, sollte wiedervereint als europäische Friedensmacht das leuchtende Beispiel für die Überwindung des Krieges sein. Es kam ganz anders.

Dreimal Hoffnung, dreimal Ernüchterung

1990 dachten wir doch alle, dass Deutschland niemals wieder Soldaten außerhalb seines Landes einsetzen würde, nicht? Fünf Jahre später beteiligte sich die Bundeswehr an der mit UN-Mandat versehenen NATO-Operation Deliberate Force.

1990 schloss jeder von uns kategorisch aus, dass Deutschland jemals wieder einen Angriffskrieg führen würde, oder? Keine zehn Jahre nach der Wiedervereinigung beteiligte sich die Bundeswehr an der ohne UN-Mandat erfolgten NATO-Operation Allied Force, der Bombardierung Jugoslawiens.

Zu guter Letzt: Wenn jemals eine Regierung deutsche Soldaten wieder für etwas anderes als die Landesverteidigung einsetzen würde, dann müsste es eine bürgerlich-konservative sein, nicht? 1998/99 führte die rot-grüne Regierung Deutschland in seinen

ersten Krieg seit 1945.

Starker Tobak? Jugoslawien sei selbst schuld gewesen? Und die UNO blockiert? Und hatten nicht schon CDU/FDP unter Kanzler Kohl auf Auslandseinsätze der Bundeswehr hingearbeitet, während SPD-Grüne 1995 noch dagegen waren? Antworten und Diskussionsanstöße zu diesen Fragen bietet eBook des Historikers und Konfliktforschers Kurt Gritsch.

"Kosovo-Krieg": Wie die Erinnerung an den Holocaust als Rechtfertigung für die Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik missbraucht wurde

Mit der Beteiligung am NATO-Angriff auf Serbien 1999 vollzog Deutschland die Wende: Deutschland führt nicht mehr trotz, sondern gerade wegen seiner Vergangenheit Krieg.

Deutschlands Beteiligung am "Kosovo-Krieg" 1999: Eingreifen für die Menschenrechte?

Vom 24. März 1999 an bombardierte die NATO 78 Tage lang Jugoslawien, bis es im Juni die Stationierung westlicher Soldaten in seiner Krisenprovinz Kosovo akzeptierte. Deutschland hatte sich am Angriff beteiligt - doch wozu? Wieso griff der westliche Militärpakt, damals noch als Verteidigungsbündnis definiert, an, ohne zuvor selbst attackiert worden zu sein?

Begründet wurde es damit, den Albanern im Kosovo gegen die

Unterdrückung durch Serbien zu helfen. Weil aber keine Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat vorlag, argumentierte man damit, einen drohenden Völkermord zu verhindern. Von einem "neuen Auschwitz" (Joschka Fischer) konnte allerdings keine Rede sein. UNO-Generalsekretär Kofi Annan etwa stellte fest, dass Serben und Albaner gleichermaßen die Verantwortung für den jahrelangen politischen Konflikt, der ab 1998 zum Bürgerkrieg eskaliert war, trügen. Er rief zu einer politischen Lösung auf. Dies wurde aber vom westlichen Militärbündnis ignoriert und stattdessen die Schuld dem "neuen Hitler" Slobodan Milošević zugeschrieben.



Nach der Bombardierung von Novi Sad. Bild: Darko Dozet/CC-BY-SA-3.0

Die Luftangriffe verhinderten indes nicht, dass Hunderttausende flohen oder vertrieben wurden. Dennoch beschloss die NATO im April 1999 anlässlich ihres 50. Geburtstags, zukünftig weltweit zugunsten von unterdrückten Völkern einzugreifen. Was die einen als Schritt zur globalen Friedenssicherung begrüßten, kritisierten andere als Verwandlung eines Verteidigungs- in ein Angriffsbündnis und somit als Schritt Richtung neuer Angriffskriege. Deutschland, das seinen ersten Angriffskrieg seit 1945 geführt hatte, begrub mit den Bomben auf Belgrad das Motto "Nie wieder Krieg" und ersetzte es durch ein neues: "Nie wieder Auschwitz".

Der Weg in den Krieg

Vor der Matrix westlicher Berichterstattung des "Bosnien-Krieges", die großteils in serbische Aggressoren und bosnisch-muslimische Opfer unterteilt hatte [1] , wurde in der Bundesrepublik, aber auch in anderen westlichen Staaten, der seit Anfang 1998 eskalierende Konflikt zwischen der UÇK und serbischen Antiterroreinheiten im Kosovo zunehmend als Fortsetzung serbischer Vertreibungspolitik interpretiert. [2]

Dass sowohl die UNO als auch die vor Ort vermittelnde OSZE diese Wahrnehmung nicht teilten, verkam beim Gros der Massenmedien zur Randnotiz. Fakten wurden ignoriert und stattdessen moralisch argumentiert, indem der ebenfalls aus dem "Bosnien-Krieg"

stammende Vergleich Serben = Nazis [3] vehement kolportiert wurde. Die Regierungen der NATO-Staaten zeigten sich bemüht, der "humanitären Katastrophe" Einhalt zu gebieten, weshalb man die Konfliktparteien im Februar 1999 nach Rambouillet bei Paris lud. Dort wurde schließlich ein mehrseitiges, zuvor nicht verhandeltes Zusatzprotokoll zur Ratifizierung vorgelegt, welches dem Transatlantischen Bündnis u.a. erlaubt hätte, sich in ganz Jugoslawien frei zu bewegen. Serbien verweigerte daraufhin, selbst für Interventionsbefürworter wenig überraschend [4] , die Unterschrift. Der Öffentlichkeit blieb dieser Hintergrund jedoch bis nach Kriegsbeginn vorenthalten.

Bereits Mitte Januar 1999 hatte der Leiter der Kosovo Verification Mission der OSZE, der US-Diplomat William Walker, durch die Interpretation des Todes von 45 Albanern in Racak als serbisches Massaker für eine Verschärfung der Situation gesorgt. [5]

Als zwei Monate später der Luftkrieg begann, überschlugen sich mit den militärischen Ereignissen auch die verbalen Salven. Deutsche Politiker wie Joschka Fischer oder Gerhard Schröder, die in Fortsetzung der Balkanpolitik von CDU-FDP eine militärische Intervention gegen Belgrad gefordert hatten, bedienten sich dabei besonders einer "Holocaust-Rhetorik". Für ihren ersten Krieg seit 1945 musste die Bundesrepublik nämlich propagandistisch das moralisch stärkste Argument aufbieten, das möglich war: die

Berufung auf Verhinderung eines "neuen Auschwitz". Kritiker befürchteten, dass damit eine Relativierung der NS-Verbrechen und Verdrängung der deutschen Geschichte einhergehen könnte.

Die Warnung des grünen Oppositionspolitikers Joseph Fischer 1994, die Kohl-Regierung würde Deutschland "an der humanitären Nase in den "Bosnien-Krieg" führen, war durch ihn als Außenminister Makulatur geworden. Unter den von NATO-Sprecher Jamie Shea für die Formierung der öffentlichen Meinung hoch gelobten deutschen Politikern Schröder, Fischer und Scharping [6] stach besonders letzterer hervor, der u.a. von einem "serbischen KZ" [7] und dem "Blick in die Fratze der deutschen Vergangenheit" [8] sprach.

Und während Shoa-Überlebende für die Publikation ihrer Kritik an den Auschwitz-Vergleichen Fischers und Scharpings bezahlen mussten [9] , wetteiferten letztere öffentlich um den bizarrsten Holocaust-Bezug - und erhielten moralische Unterstützung durch Günter Grass, der seine Bewunderung über das politische Agieren Fischers und Scharpings verkündete. [10] Als schließlich auch noch Daniel J. Goldhagen, Autor von "Hitlers willing executioners", in der Süddeutschen Zeitung zur Besetzung und Umerziehung Serbiens nach dem Beispiel Westdeutschlands ab 1945 aufrief [11] , war die moralische Kriegsrechtfertigung gelungen.

Die Kriegsbefürworter setzen sich durch - Deutschland darf wieder Krieg führen

Wie Goldhagen argumentierten zahlreiche Intellektuelle für einen Krieg, der zwar meist mit Bauchschmerzen, nichtsdestotrotz aber in aller Deutlichkeit als vermeintlich einzige Lösung akzeptiert wurde. Mit Ausnahme der taz waren dabei die Interventionsbefürworter in den großen deutschen Printmedien überrepräsentiert, während dezidierte Kriegsgegner in überregionalen Blättern teilweise gar nicht zu Wort kamen oder als Nazi-Revisionisten und "Verschwörungstheoretiker und Serbenfreunde" [12] diffamiert wurden. [13]

Mit der gelungenen Rechtfertigungsstrategie des "Kosovo-Krieges" und der erfolgten Umwandlung der NATO vom Verteidigungs- zum Interventionsbündnis waren schließlich die Weichen für das 21. Jahrhundert gestellt: Out-of-Area-Einsätze der NATO werden ebenso wie der Einsatz der Bundeswehr außerhalb der Grenzen Deutschlands seit 1999 öffentlich nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt.

"Wenn wir die öffentliche Meinung in Deutschland verloren hätten, dann hätten wir sie im ganzen Bündnis verloren." (NATO-Pressesprecher Jamie Shea)

Für die NATO war die bundesdeutsche Öffentlichkeit

richtungsweisend, da das Land als Beleg für die "richtigen" Geschichtslehren galt. Dazu wurde suggeriert, die Alliierten hätten im Zweiten Weltkrieg gegen Hitler-Deutschland zur Verhinderung der Shoa und nicht aus Eigeninteressen gekämpft. Dabei waren nicht einmal die Zufahrtsgleise zu Auschwitz bombardiert worden [14] , obwohl die Alliierten wiederholt von jüdischen Organisationen dazu aufgefordert worden waren und ab 1944 neben ausreichenden Kenntnissen über das Todeslager - "By July 1944 the Allies knew both the location and purpose of Auschwitz, including the way in which Jews, deported to the camp from all over Europe, were killed by gassing." [15] (Martin Gilbert) - auch konkrete Handlungsmöglichkeiten besaßen.

Während in England Churchills Pläne, die Zufahrtswege zum Vernichtungslager zu bombardieren, mit der Begründung, man wolle das Leben britischer Piloten nicht gefährden, durchkreuzt wurden, flogen im selben Jahr 1944 alliierte Freiwillige über dem Gebiet von Auschwitz Unterstützung für den polnischen Widerstand. US-Bomber überquerten das KZ zwischen August und September 1944 regelmäßig, wobei es wiederholt aus der Luft fotografiert und sogar versehentlich mit vereinzelten Bombenabwürfen belegt wurde. [16]

Historisch bedingte Schuldgefühle oder ökonomisch-militärisches Kalkül?

Spielte also beim Versuch, im Kosovo "ein neues Auschwitz zu verhindern", gerade das Schuldgefühl, gegen Hitlers Ausrottungspolitik versagt zu haben, eine Rolle? Oder manifestierten sich dahinter vor allem politische und ökonomische Interessen, die durch den vorgeblich moralisch motivierten Impetus kaschiert werden sollten?

Die postume Reduzierung der verschiedenen Motivationen und Interessen der Anti-Hitler-Koalition auf den Kampf gegen Faschismus und Völkermord gehörte 1999 jedenfalls so zur Legitimationsstrategie der NATO wie die bedingungslose Stilisierung der Alliierten des Zweiten Weltkriegs zu den "Guten", da ja die damaligen "Bösen" leicht zu identifizieren waren. Die Wahrnehmung des kosovarischen Bürgerkriegs in den Parametern der NS-Verbrechen sowie die Gleichsetzung der Anti-Hitler-Koalition mit den Alliierten von 1999 verunmöglichte es, kritische Fragen zu stellen, ohne moralisch diskreditiert zu werden.

Der Bezug zur Shoa diente der Legitimation des Angriffs ebenso wie der Verschleierung der dahinter liegenden Interessen. Sich mangels Fakten auf die Definitionsmacht der Moral zu stützen, erhöht die Gefahr militärischer Willkür, denn:

»*Wer die Definitionshoheit über die menschlichen Feinde der Menschheit hat, kontrolliert den Zustimmungsbedarf für militärischen*

Humanismus.«

Walter van Rossum [17]

Bürgerkrieg statt Holocaust im Kosovo

Historisch ist die Unterscheidung zwischen Massakern in Krisen- und Kriegsgebieten einerseits und dem deutschen Völkermord andererseits relativ leicht zu ziehen. Warum also konnten sich Gegner der NATO-Eskalationspolitik 1999 nicht argumentativ durchsetzen? Die Erklärung liegt darin, dass die Befürworter militärischen Eingreifens sehr früh einen taktischen Sieg davontrugen: Es gelang ihnen nämlich, die Kosovo-Frage von der Ebene der Fakten auf jene der Ideologie zu verlagern, und die allermeisten Kriegsgegner folgten ihnen dorthin, ohne sich der argumentativen Falle bewusst zu werden, in die sie geraten waren.

Auf der Ebene der Fakten gab es nämlich zahlreiche bedeutende Unterschiede zwischen dem NS-Genozid und Serbiens Kosovo-Politik. So töteten die albanischen Terroristen oder, je nach Blickwinkel, Freiheitskämpfer der UÇK Serben und staatsloyale Albaner (bis 1998 ermordete die UÇK mehr Albaner als Serben), um ihr Ziel, die Loslösung des Kosovo von Belgrad, mit Gewalt zu erreichen. Darauf reagierten die serbisch/jugoslawischen Antiterroreinheiten mit übertriebener Härte und eskalierten so ihrerseits wiederum den Bürgerkrieg. Und während ab Mitte

Oktober 1998 unter OSZE-Vermittlung die serbische Gewalt massiv zurückging, steigerte die UÇK ihren Terror mit dem erklärten Ziel, die serbischen Einheiten zu Reaktionen zu provozieren und somit der NATO einen Vorwand zu liefern, in den Konflikt einzugreifen.

Dies gelang schließlich mit dem umstrittenen Massaker von Raçak Mitte Januar 1999 sowie dem darauf folgenden "Diktat" [18] von Rambouillet (Wolfgang Petritsch) und der massenmedialen Inszenierung Slobodan Miloševićs als neuen Hitler. Dabei schaffte es die NATO (ähnlich wie 2011 mit der Inszenierung Gaddafis als blutrünstigem Diktator) auf ideologischer Ebene, die Kosovo-Frage auf eine der Menschenrechte und der Dualität "Eingreifen oder Zuschauen" zu reduzieren. Und angesichts der scheinbaren Alternativlosigkeit ließen sich viele vor dem Hintergrund der realen, massiven Menschenrechtsverletzungen (die es auf allen Seiten, auf albanischer wie serbischer wie jener der ethnischen Minderheiten gab) von der Idee, "einen neuen Holocaust zu verhindern" und Krieg durch Krieg zu beenden, verführen.

Kriegsgegner: Gefangen in der "Auschwitzfalle"

Durch die ideologische Argumentation bewegten sich Pazifisten, Sozialisten und Linksliberale in eine "Auschwitzfalle" [19] , in der sie schließlich feststeckten. Sie mussten sich der moralischen Überlegenheit jener, die sich auf die Shoa beriefen, beugen. Dies

deshalb, weil in einer "faktenresistenten" und ideologisch argumentierenden Gesellschaft immer derjenige Recht hat, der sich argumentativ zuerst auf "Auschwitz" beruft.

Durch monatelange mediale Reduktion des Kosovo-Konflikts auf Unterdrücker und Unterdrückte überzeugt davon, dass Serbien sein Territorium von den Kosovo-Albanern "säubern" wollte, und angereichert durch Berichte über angebliche und tatsächliche Massaker verloren auch zahlreiche NATO-Kritiker den Blick für die Fakten. Nur wenige forderten wie der pazifistische Politologe Theodor Ebert die Rückkehr zur Analyse. [20] Das Hauptproblem der Kriegsgegner war, dass sie ohne Faktenbezug nur noch ihre edle Gesinnung ins Feld führen konnten. Wenn aber die Alternative Verhinderung eines Völkermords heißt, sind pazifistische Motive (Krieg ist immer abzulehnen), sozialistische (der imperialistische Krieg ist abzulehnen) oder linksliberale (Krieg ohne UN-Mandat ist abzulehnen) Positionen argumentativ unterlegen.

Wer den Krieg gegen Hitler begrüßt, muss auch den aktuellen Krieg befürworten

Ohne Fakten, auf der Ebene der Ideologie, hatten die Interventionsgegner dem stichhaltigsten Argument der Befürworter, dass man nämlich mit dieser Gesinnung nie Krieg gegen Hitler-Deutschland hätte führen können, nichts mehr

entgegenzusetzen.

Das Scheitern einer Politik des Entgegenkommens als Argument für militärische Eskalation oder gar Präventivkrieg zu verwenden, ist nicht neu und war u.a. schon im Falkland-Krieg 1982 und vor dem Angriff auf den Irak 1991 von Bellizisten als abschreckendes Beispiel propagiert worden. 2003 mit der Invasion des Iraks sowie 2011 mit der Einmischung in den libyschen Bürgerkrieg sollte es erneut zur Anwendung kommen. In den ersten Monaten 2012 kursierte dieses Argument zudem massiv in Bezug auf einen möglichen US-amerikanisch-israelischen Angriffskrieg gegen den Iran. Dass jede militärische Eskalation eines Bürgerkriegs die Anzahl der Toten massiv erhöht (im Fall Kosovo hat sie sich durch das NATO-Eingreifen mehr als verzehnfacht [21]), wird dabei unterschlagen.

Kosovo war nicht Bosnien oder: Warum die NATO den "Kosovo-Krieg" führte

Die Beteiligung der Bundeswehr am NATO-Krieg gegen Serbien mit der Bündnispflicht zu erklären, hieße, den politischen Willen der bundesdeutschen Eliten auszublenden, am Krieg als vollwertiger Verbündeter teilzunehmen. Gerhard Schröder und Joschka Fischer erkannten frühzeitig, dass das Mitmachen am als humanitäre Intervention verschleierten Krieg die lang ersehnte Rückkehr zur

"Normalität" von militärischer Gewalt als Mittel der Außenpolitik bedeuten würde. Und gerade weil insbesondere die Grünen als Oppositionspartei eine solche Remilitarisierung stets abgelehnt hatten, wirkten sie nun umso unverdächtiger darin, Deutschland wieder in den Kreis der Krieg führenden Nationen zurückgeleiten. Es sollte ja kein Krieg sein, sondern im Gegenteil die Verhinderung von Schlimmerem, von Völkermord. Und die deutsche Geschichte sollte nachgerade den Beweis dafür liefern, dass eine geläuterte Nation nicht nur wieder Krieg führen darf, sondern sogar muss.

Zugleich wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass Deutschland ja schon an der Beendigung des Bosnien-Kriegs durch die NATO teilgenommen habe, wenngleich damals in Form unbewaffneter Flüge. Dabei ist dieses Argument für die Kosovo-Intervention nicht haltbar, denn während in Bosnien die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates vorlag, fehlte diese später. Aber auch abseits der rechtlichen Unterschiede gab es beträchtliche Differenzen: Im Kosovo provozierte eine von BND und USA ursprünglich als Terroristen bezeichnete Gruppe [22] ein bewaffnetes Eingreifen der Staatsmacht, während in Bosnien drei Bürgerkriegsparteien gegeneinander kämpften.

Kosovo hätte, das zeigen die Erfolge der keineswegs wie vorgesehen unterstützten OSZE-Mission KVM [23] , durchaus befriedet werden können, ohne dass ganz Jugoslawien mit einem -

ein weiterer Unterschied zu Bosnien - Massenbombardement über mehrere Monate hätte belegt werden müssen.

Doch 1999 standen handfestere Interessen im Raum: Der Ausbau der NATO als maßgebliches Mittel der US-amerikanischen Europapolitik, die militärische Emanzipation Deutschlands und nicht zuletzt die Umwandlung der NATO von Verteidigung zu Out-of-Area-Einsätze. [24] Der Schutz der Albaner war Nebensache. Ziele des Militärpakts waren: 1. zu zeigen, dass er nach dem Ende des Kalten Krieges noch eine Aufgabe hatte, 2. sich vom Defensiv- zum Interventionsbündnis zu wandeln und 3. der Profit einzelner Mitglieder.

Deutschland z.B., das erstmals seit 1945 Krieg führte, gewann außenpolitischen Handlungsspielraum. Den größten Erfolg verbuchten die USA. Ihnen gelang es, ein Exempel zu statuieren: die Lösung der NATO aus dem Veto-Bereich des UN-Sicherheitsrates. Für den "Weltfrieden" sollte zukünftig nicht mehr ausschließlich die UNO zuständig sein. So wurde der "Kosovo-Krieg" zum Türöffner für weltweites militärisches Eingreifen der westlichen Staatengemeinschaft, die ihre ökonomischen, strategischen und geopolitischen Interessen nun unter dem Mantel humanitärer Hilfe wahrnimmt.

Im Kern geht es der NATO, geht es den USA, aber auch Deutschland

nicht um die Durchsetzung und Wahrung der Menschenrechte, sondern um neokolonialistische und neoimperialistische Machtpolitik. Nicht Menschenleben, sondern Märkte, nicht humanitäre Hilfe, sondern Truppenstationierung und Ressourcenkampf sind der Motor der neuen Kriege. Kosovo stand dabei am Anfang. Die argumentativ erfolgreiche Bezugnahme zum Holocaust ebnete damit den Weg zu weiteren Kriegen (Afghanistan 2001, Irak 2003, Libyen 2011, Ukraine 2014).

SPD und Grüne im Kosovo-Diskurs 1999

Wer sich aktuell fragt, wieso linksgerichtete Parteien wie SPD oder Grüne den Einsatz der Bundeswehr ebenso unterstützen wie Waffenverkäufe, anstatt auf eine nicht-militärische Außenpolitik zu setzen, dem empfiehlt sich ein Blick zurück in das Jahr 1999. Dort, in der Debatte um den sogenannten "Kosovo-Krieg", wurde nämlich jene Weichenstellung vollzogen, deren Folgen bis heute prägend sind: Deutschland stieg unter dem Deckmantel einer humanitären Intervention erneut zur Krieg führenden Macht auf.

Maßgeblich für den Einsatz der Bundeswehr zu anderen Zwecken als der Landesverteidigung war der Bezug auf humanitäre Motive, auf die Verhinderung von Völkermord. Und letztlich entscheidend war, dass es eine rot-grüne Regierung war, die Deutschland wieder in den Kreis der militärisch aktiven Staaten zurückführte. Wer hätte moralisch überzeugender für Gewalt sprechen können als jene, die dem Einsatz der Bundeswehr außerhalb der Staatsgrenzen, ja der NATO insgesamt lange Zeit kritisch gegenübergestanden hatten? Doch der Reihe nach.

» Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg. Ich habe auch gelernt: Nie wieder Auschwitz. «

Joseph Fischer [25]

Historische Zäsur 1999

Die politischen Eliten Deutschlands, welche den ersten Out-of-Area-Krieg der NATO und zugleich den ersten Krieg seit 1945 verantworteten, entstammten, ähnlich wie in zahlreichen anderen NATO-Ländern, dem linksgerichteten Spektrum. Die Bedeutung linker Regierungen zur Rechtfertigung der Intervention wird von Befürwortern wie Kritikern der Luftangriffe auf Jugoslawien gleichermaßen anerkannt. Nur eine rot-grüne Regierung habe Deutschland in einen Krieg führen können, "ohne die deutsche Gesellschaft einer Zerreißprobe auszusetzen, die alle innenpolitischen Auseinandersetzungen an Schärfe und Bedrohlichkeit in den Schatten gestellt hätte." [26]

Dabei wurde der Topos des linken Antifaschismus zur Legitimation der Luftangriffe verwendet. [27] Wie die USA Deutschland vom Hitler-Terror befreit hätten, müssten nun die Deutschen Jugoslawien vom Neo-Hitler Milošević befreien:

» Diese Wiederbelebung des Hitler-Gespenstes richtet sich vor allem gegen die bisher kriegsunwilligen Deutschen und die dortige Friedensbewegung. [...] Sie wirkt vor allem bei den Medien, die bis heute nicht müde werden, den Krieg als Normalfall hinzustellen. «

Maria Mies [28]

Historisch gesehen ist dieses Argument fragwürdig, denn es blendet zum einen aus, dass der Holocaust erst im Krieg vollumfänglich möglich wurde, und zum anderen, dass der Krieg von den Alliierten nicht zur Befreiung der Juden geführt worden war, sondern aus außenpolitischen und geostrategischen Interessen. [29] Eine ethische Verpflichtung durch "Auschwitz" müsste auf einen Krieg aus ausschließlich humanitären Interessen hinauslaufen, was es in der Geschichte noch nie gegeben hat. Um Partikularinteressen zu minimieren, kann damit ein drohender Genozid nur durch pluralistische, heterogene und möglichst zivile Organisationen wie OSZE und UNO glaubwürdig bekämpft werden. Diese müssen allerdings frühzeitig aktiv werden, damit die Entstehung von Mörderbanden wie der IS verhindert wird. Weltweite Waffenverkäufe unterminieren allerdings diese Voraussetzung für die Aufrechterhaltung von Frieden.

Friedenstauben werden zu Falken

Diese Präambel sollte vorausgeschickt werden, um die Inszenierung der Luftangriffe als gerechten Krieg durch linksgerichtete Politiker in Deutschland besser verstehen zu können - eine Inszenierung, die gerade deshalb so überzeugend gelang, *weil* SPD und Grüne in ihrer Vergangenheit den Slogan "Nie wieder Krieg" vertreten hatten. Vorgeblich linksgerichtet, konnten sie im historisch günstigen Moment umso leichter konservative

Positionen wie die Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik erobern, da sie aufgrund ihrer Geschichte als unverdächtiger in Bezug auf Machtpolitik galten als CDU- und FDP-Kreise.

Ähnliches gilt für mehrere NATO-Mitgliedsstaaten. Die "Wandlung der Friedenstauben zu Falken" [30] aus moralischen Gründen erfolgte in den USA ebenso wie in Deutschland. Die Grünen trugen wesentlich dazu bei, "einen breiten Konsens in der deutschen Politik und der öffentlichen Meinung zugunsten der NATO-Intervention zu erreichen." [31] Während sich deutsche Linke im neuen Interventionismus wie die US-Liberalen auf Menschenrechte und insbesondere auf den Antifaschismus beriefen, bezog die US-Linke ihren Bellizismus aus der "Vorstellung von multikulturellem Pluralismus, dem friedlichen Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und Religionen". [32]

SPD/Grüne übernehmen außenpolitische Positionen von CDU/FDP

Der Versuch der CDU/FDP-Regierung Kohl, die Nachkriegsordnung einer Revision zu unterziehen, kam nach der erfolgten "Wiedervereinigung" nicht überraschend. Dass hingegen Sozialdemokraten und Grüne die Bestrebungen des Landes, nach 1945 erneut eine militärisch aktive Macht zu werden, maßgeblich befördern würden, verwunderte, oberflächlich betrachtet, eher.

Immerhin hieß es im SPD-Programm zur Bundestagswahl 1998 noch, die Bundeswehr diene zur Landes- und Bündnisverteidigung und könne darüber hinaus nur für UNO- oder OSZE-mandatierte Friedensmissionen eingesetzt werden.

Die NATO wurde als Verteidigungsbündnis bezeichnet und betont, dass das "globale Gewaltmonopol zur Sicherung des Weltfriedens" ausschließlich bei den Vereinten Nationen liege. [33] "Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik", schrieben SPD und Grüne in die Koalitionsvereinbarung 1998. [34] Auslandseinsätze deutscher Soldaten orientierten sich dort ebenfalls am Völkerrecht. Sogar der Rat der Friedensforscher und die Förderung der Friedensforschung wurden vermerkt. Wie konnte es unter diesen Voraussetzungen zum Bruch des Völkerrechts durch die Beteiligung am Luftkrieg kommen?

Die Sozialdemokratie in der Krise

Hans Joachim Gießmann vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik machte im Juni 1999 den Anpassungsdruck als Regierungsparteien dafür verantwortlich, "daß fast alle neuen Ideen in der Koalitionsvereinbarung mittlerweile ad acta gelegt worden sind - einschließlich der Förderung der Friedensforschung". [35] Allerdings war die Hoffnung auf eine friedliche Außenpolitik angesichts der

bellizistischen Äußerungen Fischers [36] und Schröders [37] zu Oppositionszeiten bereits fragwürdig gewesen, mit der Regierungsübernahme verlor sie weiter an Berechtigung.

Bei der Reaktivierung militärischer Gewalt als Mittel der Außenpolitik und damit der Übernahme einer zentralen konservativen Position kam der Koalition aus Sozialdemokraten und Grünen entgegen, dass "sie die Einzigen sind, die Kriege führen und gleichzeitig den Protest auf der Strasse lähmen". [38]

Der Soziologe Ralf Dahrendorf hatte schon 1979 konstatiert, dass rechte Sozialdemokraten nicht zufällig die konsequentesten Konservativen würden. Denn während letztere nach Grundsatzprogrammen suchten, kämen erstere sowohl mit einem Minimum an Programm als auch an Regierung aus: "Sie lassen die vorherrschenden Annahmen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik unbestritten, kümmern sich im übrigen um *law and order* und um die Verwaltung des Bestehenden." [39]

Dies deshalb, weil die Sozialdemokratie angesichts der Institutionalisierung der Demokratie, des Massenwohlstandes und der Bürgerrechte am Ende sei. Da das große Programm verwirklicht wurde, machten sich seine Vertreter nun zu Bewahrern. [40] Auch wenn der sozialdemokratische Konsensus noch eine Zeit lang überleben werde, sei er dennoch erledigt, weil Wandlungen

und neue Entwicklungen nicht mehr hervorgebracht und sogar eigene Widersprüche hervorgerufen würden. [41]

Renegatentum

Vor diesem Hintergrund ist das Renegatentum zu betrachten - ehemalige Linke, die sich von den alten ideologischen Formeln losgesagt und die einst kritisierten Positionen eingenommen haben. Handelt es sich bei diesen "Verrätern" [42] um Opportunisten oder um Menschen, die sich weltanschaulich weiterentwickelt haben? [43]

Der Soziologe Frank Deppe jedenfalls kritisierte am 7. September 1999, dass viele Linke Macht und Interessen nicht analysierten und unfähig seien oder sich dagegen wehrten, herrschende Legitimationsmuster ideologiekritisch zu überprüfen. Deppe zufolge manifestierten sich in der mit "Globalisierung" charakterisierten neuen Weltordnung "ökonomische Sachzwänge, denen sich die Politik unterzuordnen hat". [44] Krieg stelle dabei nur eine radikalere politische Gangart einer in sich kohärenten Politik der "Ideologen des dritten Weges, der neuen Mitte und der neuen Sozialdemokratie" dar:

» *Der Krieg neuen Typs ist die gewaltsame, aber auch reine Form dessen, was Stephen Gill [...] als "disciplinary neoliberalism" bezeichnet hat, das heißt: der Neoliberalismus im Übergang von der*

Marktliberalisierung zur politischen (auch militärischen) Disziplinierung, denn die Marktliberalisierung hat die Widersprüche, die sie überwinden wollte, keineswegs aufgehoben, sondern eher noch verstärkt und neue Widersprüche und Konflikte erzeugt. Daher tritt nun die Seite der politischen Repression sehr viel stärker in den Vordergrund. «

Frank Deppe

Linke Außenpolitik ist nicht Friedenspolitik

Noch Mitte der 1990er Jahre hatten zahlreiche Deutsche ihre Hoffnung auf Frieden in die Politik von Sozialdemokraten und Grüne gesetzt. Wer, wenn nicht die Generation der 68er, von der sich viele Mitglieder der späteren Regierungsparteien in der Friedensbewegung engagiert hatten [45] , sollte dafür sorgen?

Das Gegenteil war der Fall. Die SPD-Spitze ließ sich bereits im Februar 1994 vom nationalistischen Politikwissenschaftler Tilman Fichter [46] , zwischen 1986 und 2001 Referent für Schulung und Bildung im Parteivorstand, ideologisch auf einen NATO-Angriff gegen Jugoslawien vorbereiten, obwohl die Parteimehrheit noch im selben Jahr und vor dem Schlüsselereignis "Srebrenica" vergeblich gegen Auslandseinsätze deutscher Soldaten vor dem Bundesverfassungsgericht klagte. [47]

So scheiterte der pazifistische Flügel einerseits am

Bundesverfassungsgericht, andererseits am eigenen Vorstand. Mit welchen Argumenten rüstete sich indes die Parteispitze? Es gelte, "Verantwortung zu übernehmen":

» Denn der versuchte [sic!] Völkermord der Deutschen und Österreicher in Auschwitz an den europäischen Juden verpflichtet geradezu die Demokraten in Deutschland (beziehungsweise in Österreich) zu einem eindeutigen Engagement für Menschenrechte und die bürgerlichen Freiheiten. «
Tilmann Fichter [48]

Unter tatkräftiger Mitwirkung der Grünen wurde Deutschland schließlich mehr als 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs erneut zur militärisch aktiven Macht. [49] Dabei vollzog sich quasi über Nacht unter Zustimmung einer zur Verfassungsänderung berechtigten Bundestagsmehrheit ein Paradigmenwechsel, der in dieser Geschwindigkeit selbst Konservative überraschte. [50] Diesem Konsens unterlagen auch innerparteiliche Kritiker.

Die Linke der SPD um den "Frankfurter Kreis" und seinen Sprecher Detlev von Larcher bemühte sich zwar nach Beginn des NATO-Bombardements um ein Ende der Kriegshandlungen, konnte sich jedoch ebenso wenig gegen Schröders Mehrheit behaupten [51] wie Vorstandsmitglied Hermann Scheer oder die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) unter

ihrem Vorsitzenden Klaus Hahnzog. [52] Auf dem SPD-Sonderparteitag in Bonn am 12. April stimmte schließlich eine große Mehrheit für die rot-grüne Kosovo-Politik. [53]

Fischer, Farbbeutel und der Rubikon in Bielefeld

Innerparteilichen Streit gab es auch bei den Grünen, und nicht erst auf dem Parteitag am 13. Mai 1999 in Bielefeld, als Fischer von einem militanten Kritiker mit einem Farbbeutel beworfen wurde. Angelika Beer, verteidigungspolitische Sprecherin und Interventionsbefürworterin, erhob nach der Veröffentlichung von Details des Rambouillet-Textes schwere Vorwürfe gegen den Außenminister. [54]

Doch auch Proteste der pazifistischen Mitglieder nützten nichts. Der Politologe Elmar Altvater, einer der Gründerväter der Grünen und einer ihrer wichtigsten wissenschaftlichen Köpfe, erklärte anschließend seinen Rückzug. Er warf den Grünen u.a. vor, durch den Bielefelder Beschluss eine Außenpolitik zu unterstützen, "die nicht nur für einen illegalen Krieg verantwortlich ist, sondern Verbrechen gegen die Menschlichkeit billigend und unterstützend hinnimmt". [55]

Altvater bezichtigte seine Partei, mit der NATO ein Kriegsziel zu verfolgen, das jede politische Lösung ausschließe, indem es entweder die Kapitulation Jugoslawiens, "wie sie im Rambouillet-

Diktat (von Vertrag zu sprechen verbietet die politische Kultur) vorgesehen war oder die Zerstörung von Land und Gesellschaft Jugoslawiens und möglicherweise darüber hinaus" nach sich ziehe. Die Delegiertenmehrheit habe in Bielefeld den Rubikon überschritten, so Altvater, der für die Politik Fischers vernichtende Worte fand:

» Die Rechtfertigung des Bielefelder Beschlusses mit den "Friedensinitiativen" [56] des Außenministers ist daher lächerlich, wenn man Dummheit attestiert, oder zynisch, wenn man annimmt, daß die Leute wissen, worum es geht. «
Elmar Altvater

Ein Bürgerkrieg wird zum Holocaust uminterpretiert

Bedingt durch ihre NATO-kritische und antimilitaristische Vergangenheit war es für die "68er" grundsätzlich zuerst einmal nicht einfach, in ihrer Rolle als Staatsregenten Krieg als Mittel der Politik zu relegalisieren. Da sie kapitalistischen wie geostrategischen Interessen als Motivation für militärische Gewalt als Oppositionelle offiziell skeptisch (SPD) bis ablehnend (Grüne) gegenüberstanden hatten, konnte man als Regierungskoalition die Basis nur mühsam auf den neuen Kurs umstimmen. Dies gilt insbesondere für die Grünen, welche im Unterschied zur SPD lange Zeit gegen die Integration Deutschlands in die NATO gewesen waren.

Der Jugoslawien-Diskurs als Legitimationsstrategie für neue NATO-Aufgaben

Die zunehmende Aufweichung einer militärischen Gewalt ablehnenden Position gelang in der 1990er Jahren durch die Interpretation des "Jugoslawien-Krieges" als Exzess von Vertreibungen und Völkermord. Die entscheidende Wende geschah durch die Abkehr von der als unzulänglich diskreditierten UNO bei zeitgleicher Hinwendung zur NATO. Die Instrumentalisierung des

jugoslawischen Bürgerkriegs diente dem Aufbauen des Nordatlantikpakts als angeblich effizientes Lösungsinstrument anstelle von UN-Friedensmissionen.

Maßgebend war die Wahrnehmung der Bürgerkriegsereignisse in den Parametern des Zweiten Weltkriegs bei gleichzeitiger Zuschreibung der "Nazi-Rolle" an eine Bürgerkriegsseite, i.e. an Serbien. Von den Fakten gedeckt war diese Behauptung nicht: Während alle Parteien im bosnischen Bürgerkrieg Gefangenenlager hatten und die Anzahl nicht disproportional zur militärischen Stärke war, wie das Internationale Rote Kreuz im Sommer 1992 [57] , mutierten gerade im politisch sensiblen Lager der Linken, insbesondere bei den Grünen, Gefangenenlager zu KZs.

Gleichzeitig verlor man, absichtlich oder nicht, die Verantwortung aller Kriegsparteien für die Menschenrechtsverletzungen aus den Augen und konzentrierte sich zunehmend nur mehr auf die lange Zeit stärkste Partei, die bosnisch-serbische Seite, die von der JVA unterstützt wurde. Mit der fragwürdigen Behauptung eines Genozids an den bosnischen Muslimen war lange vor den Ereignissen von Srebrenica die Basis für einen ethischen Diskurs gelegt, dem sich nicht nur kaum jemand – und erst recht niemand aus der antifaschistischen "Rebellengeneration" – zu widersetzen traute, sondern der gerade wegen seiner Moralisierung dem Denken der 68er-Generation entsprach.

Hatte sie nicht dem Recht der Staatsgewalt die für die eigenen Vorstellungen beanspruchte Moral entgegengestellt und den Faschismus der Väter gegeißelt? Mit derselben Inbrunst predigten sie nun als Regierende das Gegenteil dessen, was sie einst gefordert hatten, aber immer noch im Namen der Humanität: "Aus 'Frieden schaffen ohne Waffen' wird 'Frieden – mit aller Gewalt'." [58] Der von der Friedensbewegung entlehnte moralische Imperativ führte dazu, dass alle Argumente unterhalb der großen ethischen Geste für belanglos erklärt wurden. [59]

Es lässt sich feststellen, dass SPD und speziell Grüne ihrer Basis generelle Kriegszustimmung prinzipiell zwar schwerer, aber unter richtiger, i.e. moralisch begründeter Argumentation, glaubwürdiger abringen konnten als Christdemokraten und FDP. Gegen deren Kriegspolitik hätte man als Opposition eher protestiert, was umgekehrt nicht zu erwarten war, weil die CDU militärischem Engagement außerhalb der bundesdeutschen Grenzen grundsätzlich nicht ablehnend gegenüberstand. Dies erklärt die Stilisierung des autoritären Milošević-Regimes zur faschistischen Diktatur – denn um den Gesinnungsbruch, der schon lange vorbereitet und nach dem Gang in die Regierung schließlich umgesetzt worden war, zu verschleiern, knüpfte Rot-Grün an das amerikanische Konzept des Schurkenstaates an. [60]

An der humanitären Nase in den Krieg

Bis Ende 1994 noch Gegner einer NATO-Einmischung, wandelte Fischer seine Position so konsequent [61] , dass Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) im Juni 1998 befürchtete, von ihm in der Forderung nach militärischer Intervention in Jugoslawien überholt zu werden. [62]

Fischer spielte eine, wenn nicht *die* zentrale Rolle auf dem Weg der deutschen Linken von "Make Love not War" zu "Krieg für Menschenrechte". Dabei hatte er 1991 noch seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, die Grüne Partei möge genug Kraft haben, damit Pazifisten eine "friedensbezogene Außenpolitik ohne Militär" [63] machten. Ende Dezember 1994 erklärte er, eine deutsche Beteiligung an UN-Einsätzen und die Debatten darüber würden bloß als Türöffner für das Bestreben der Bundesregierung benutzt, Deutschland außenpolitisch voll handlungsfähig zu machen. [64] Im Streitgespräch mit dem Interventionsbefürworter und Parteifreund Daniel Cohn-Bendit sagte er u.a. [65] :

» Ich bin der festen Überzeugung, daß deutsche Soldaten dort, wo im Zweiten Weltkrieg die Hitler-Soldateska gewütet hat, den Konflikt anheizen und nicht deeskalieren würden. [...] Das ist mein großes Problem [...], wenn ich sehe, wie die Bundesregierung den Bundestag an der Nase, an der humanitären Nase, in den Bosnienkrieg führen will. «

Die Instrumentalisierung Srebrenicas

Was aber hat Fischer vom Interventionsgegner zum Befürworter werden lassen? Seit Srebrenica habe er seine Position verändert, verkündete er am 19. April 1999, denn ihm sei klar geworden, "daß Appeasement gegenüber Milošević immer nur zu weiteren Massengräbern führen" werde. [66] Nachdem er es von den militärisch-politischen Spezifika des Jugoslawien-Krieges dekontextualisiert hatte, argumentierte Fischer nun mit jenem Ereignis, das wie kein anderes zum Symbol für den serbischen Völkermord geworden ist und dies trotz berechtigter Skepsis an der unvoreingenommenen Aufklärung durch das Tribunal in Den Haag [67] bis heute geblieben ist.

Dabei gab es schon 1999 Kritik daran, dass die Opfer von Srebrenica für den innenpolitischen Diskurs Deutschlands verwendet wurden: So forderte der in Dortmund beheimatete Verein "Vive Zene" (Frauen lebt), der sich in Tuzla um kriegstraumatisierte Frauen kümmert, im Vorfeld des Grünen Parteitags vom 13. Mai 1999 in einem offenen Brief an Minister Fischer u.a. die sofortige Beendigung der Bombenangriffe, die Anklage aller Kriegsverbrecher, egal welcher Seite, eine UNO-Friedenstruppe und die Aufnahme von weiteren Kosovo-Flüchtlingen in Deutschland. Vive Zene begründete ihre Kriegsgegnerschaft folgendermaßen:

» *Monate, bevor Sie auf der Bundesversammlung der Grünen im Dezember 1995 für militärische Kampfeinsätze der Bundeswehr plädierten, haben wir auf die schreckliche Situation in der sogenannten damaligen ‚Schutzzone' Srebrenica aufmerksam gemacht. […] Wir haben aber auch jedesmal aufgrund unserer eigenen langjährigen Erfahrungen vor Gewalt-Eskalationen im ehemaligen Jugoslawien und in allen Ländern der Welt gewarnt, in denen die militärische Logik den letzten Rest von humanitärem Handeln beseitigt. […] Es ist nicht einfach nur ‚Prinzip', es ist nicht Pazifismus, der uns leitet, es ist Erfahrung und Bewußtsein, Studium der Historie einschließlich unserer eigenen deutschen Vergangenheit, Diskussion mit Expertinnen.* «

Vive Zene [68]

Explizit distanzierte sich Vive Zene von der militärischen Logik des Außenministers:

» *Herr Fischer, damals auf der Bundesversammlung kannten Sie Srebrenica nicht, auch die Frauen nicht, die bis heute um ihr Überleben nach dem Krieg bemüht sind. […] Sie, Herr Fischer, konnten damals noch nicht einmal den Namen der Stadt, die Ihnen so am Herzen lag, richtig aussprechen. Sie sagten "Schrebrenidscha", das wäre weiter nicht schlimm, hätten Sie nicht so getan, als würden Sie es kennen, und hätten Sie nicht mit "Schrebrenidscha" ihre Kriegslogik verinnerlicht.* «

Joschka Fischer: Vom Interventionsgegner als Oppositioneller zum Interventionsbefürworter auf der Regierungsbank

Letztlich setzte der Regierungspolitiker Fischer das um, was er als Oppositioneller vier Jahre zuvor kritisiert hatte. Seine ehedem geäußerte Sorge, mit ansehen zu müssen, "wie die rechtlichen und historischen Barrieren abgeräumt werden zugunsten einer völligen Optionsfreiheit der deutschen Außenpolitik mit militärischen Mitteln" [69] , wurde durch ihn selbst zur Realität. Allerdings wurde dies inzwischen in der deutschen Öffentlichkeit positiv interpretiert, und so folgte der Wandlung "vom Paulus zum Saulus" [70] eine ganze Generation in der Instrumentalisierung des Massakers von Srebrenica als Argument für militärische Interventionen.

Weil Pazifismus "Lifestyle, die Mehrheitskultur der achtziger Jahre" [71] gewesen war, hatte sich Fischer, obwohl selbst nicht von pazifistischer Vergangenheit, gegen NATO, Wiedervereinigung und militärische Emanzipation Deutschlands gestellt. Und so, wie sich in den 1990ern die Mode von Turnschuhen und Pazifismus in italienische Maßanzüge und humanitäre Interventionen wandelte, passte Fischer seine politischen Positionen an den Zeitgeist an, wobei er sich bei seinem Aufstieg von links unten nach rechts oben jener Salamitaktik bediente, welche er seinen politischen Gegnern zuvor stets angekreidet hatte. [72]

Fischer und Cohn-Bendit – ein eingespieltes Team

Manche Kritiker werfen Joschka Fischer vor, schon in den 1980er Jahren die grüne Anti-NATO-Politik aufgeweicht und sie der Westverankerung der BRD, welche als Bedingung für eine Regierungsbeteiligung mit der SPD galt, geopfert zu haben. Ob dies zutrifft oder nicht, Fischer ließ jedenfalls – aus Überzeugung oder aus Rücksicht auf seine WählerInnen – lange Zeit populistische Töne gegen den Nordatlantikpakt verlauten. [73]

Der Weg von NATO-Akzeptanz über die Bejahung "humanitärer Interventionen" hin zum "Kosovo-Krieg" gelang schließlich durch das Zusammenspiel mit seinem ehemaligen Wohnungsgenossen Daniel Cohn-Bendit. [74] Dieser forderte im April 1994 in der taz unter dem Schlagwort "das Undenkbare denken" den Abzug der UNO aus Bosnien, die Aufhebung des Waffenembargos und NATO-Luftangriffe auf Stellungen der bosnischen Serben. [75]

Das Streitgespräch zwischen Cohn-Bendit und Fischer in der taz Ende Dezember 1994 kann als Paradebeispiel einer politischen Doppelstrategie betrachtet werden. [76] Während der rechte Grüne immer radikalere konservative Vorschläge formulierte und für eine NATO-Intervention unter Einschluss deutscher Truppen argumentierte (was zu diesem Zeitpunkt nicht einmal die CDU zu fordern gewagt hätte), widersprach Fischer und beruhigte damit

linke und pazifistische Grüne.

Cohn-Bendit prescht vor, Fischer zieht nach

War die Zeit für eine weitere Revision der deutschen Außenpolitik reif, konnte er sich auf eine bereits erfolgte Debatte stützen und mit dem Verweis auf die Verantwortung durch die Regierungsbeteiligung scheinbar widerwillig die lange vorbereiteten Positionen übernehmen. So glättete Fischer, der bis zu den Ereignissen von Srebrenica Begriffe wie Völkermord oder Faschismus für die Beschreibung des jugoslawischen Bürgerkriegs abgelehnt hatte [77] , die von Cohn-Bendit entfesselten Wogen radikaler Anbiederung an die NATO durch das Erreichen des mutmaßlichen Ziels einer Toleranz der Interventionspolitik.

Das Zusammenspiel funktionierte auch während der Luftangriffe auf dem Sonderparteitag am 13. Mai 1999 in Bielefeld. Die Mehrheit seiner politischen Mitstreiter von Gegnern zu Befürwortern des als humanitäre Intervention camouflierten NATO-Angriffs zu machen, gelang Fischer ohne quantitative Verluste, nicht jedoch ohne intellektuellen Substanzverlust der Partei. [78] Das Erfolgsrezept war, vom antifaschistischen Appeasement zur antifaschistischen Intervention zu gelangen, indem spezifisch linke Mythen wie z.B. jene der Guerilla umgedeutet und an die politische Gegenwart angepasst wurden.

Motor war Fischers Karrierestreben als "Selbstinszenierung" [79] , weshalb er je nach Bedarf aus Machtgründen ideologische Positionen aufgab und neue vertrat. Da er, als es Mode gewesen war, kommunistisch angehaucht war, konnte er später mühelos und ob seiner Vergangenheit umso glaubwürdiger den Antikommunismus vertreten. [80] Fischer "übernahm eine nützliche Aufgabe: die Integration ehemaliger Linker in den Staat". [81] Frank Schirrmacher über den ehemaligen Außenminister:

» Er heilt den biographischen Riß, der durch die Lebensläufe seines Publikums geht; plötzlich geht der Legendenschein Che Guevaras und die Fisch-und-Wasser-Lehre aus der Mao-Bibel über den Verteidigern des Krieges auf, und der Mai 1999 macht wahr, was der Mai 1968 erträumte. Es ist das Schlußkapitel eines Bildungsromans. «
Frank Schirrmacher [82]

Lob von Rechts, Kritik von Links

Während bürgerliche Grüne begeistert und FDP und CDU ob der Domestizierung der Bewegung zur Partei beruhigt waren, setzte es Kritik nur noch von einer immer kleiner werdenden linken Minderheit. So beschrieb Jürgen Elsässer Fischer als "Charaktermaske einer Gesellschaftskaste" und bezeichnete ihn in Anlehnung an Marx als "Lumpenintelligenzija". [83] Insbesondere die "universitäre Halbbildung" der grünen Realos und "die

Ablehnung jeder Stringenz in Theorie und Lebensführung machten sie zu idealen Sensoren des Zeitgeistes einer-, der Kapitalerfordernisse andererseits". [84]

Jutta Ditfurth, Ex-Bundesvorsitzende, erhob im Herbst 1999 gar den Vorwurf, der "lange Putsch gegen die Grünen" [85] habe bereits im Oktober 1982 mit Fischers Beitritt begonnen. Die "Spontis" um Cohn-Bendit und ihn hätten weniger grüne Politik in einer basisdemokratischen Bewegung als Machtpolitik und die Möglichkeit, an die Pfründe des Staates zu gelangen, im Auge gehabt. Deshalb habe der Kreis der "Realpolitik" schon von Beginn an versucht, zugunsten eines künftigen Bündnisses mit der SPD sowohl die grüne Atom-Gegnerschaft als auch die bedingungslose Friedenspolitik aufzuweichen. [86]

Der Keim späterer Regierungspolitik steckte von Anfang an in der Fischer-Gruppe, die weder aus Atomkraftgegnern noch aus Friedensaktivisten bestand, sondern Gewalt sowohl verteidigt als auch angewandt hatte. Bereits 1982 fiel auf, dass die "Spontis" "schon heute – ganz ungefragt – ihre Rechtsschwenkung oder ihr Mitläufertum von morgen rechtfertigen" wollten. [87]

Ditfurths Kritik im Spätherbst 1999 [88] ließen die Realos, seit rund zehn Jahren innerhalb der Grünen tonangebend, nicht unwidersprochen: Denunzierende Berichte von Spiegel und

Frankfurter Rundschau folgten und führten zu anonymen Briefen, Drohungen und sogar zu Gewalt-Aufrufen. [89] Die Frankfurter Rundschau hörte erst auf, als ihr das Landgericht Hamburg am 15. November 1999 Ordnungsgeld in Höhe von bis zu 500.000 Mark bzw. ersatzweise Ordnungshaft von höchstens zwei Jahren androhte. [90] Gerade jene Medien, welche Fischers Kurs unterstützten, reagierten auf die Kritik von links äußerst empfindlich. Die "üblichen Behinderungen linksgerichteter Journalisten" wurden aber auch von staatlicher Seite gesteigert, meinte Ditfurth, die konstatierte, sie habe nie "eine so harte berufliche Zensur erlebt wie seit dem rotgrünen Regierungswechsel von 1998". [91]

Der "Kosovo-Krieg" als deutsche Vergangenheitsbewältigung

Während das rechts-konservative Lager in der Tradition deutscher Kolonialpolitik auf dem Balkan am völkischen Kurs und an der kosovo-albanischen Sezession festhielt, war das Handlungsmotiv des progressiv-linken Lagers "die ins unberechenbare gehende Berufung auf Auschwitz". [92]

» Die projektive Abschiebung des Holocausts auf die Serben ist das Beruhigungsmittel, das den kritischen Blick auf deutsche Geschichte und Gegenwart zu betäuben hat. Im politischen Lager der Konservativen ist dieses Betäubungsmittel überflüssig, da man dort die Wiederkehr von Elementen der deutschen Außenpolitik durchaus positiv interpretiert. «
Matthias Küntzel [93]

Diese "Abschiebung des Holocausts" durch die Vergleiche Serbiens mit dem Dritten Reich suggeriere eine Art von Vergangenheitsbewältigung, die als "schlimme Erinnerungsfälschung" [94] bezeichnet werden müsse, meinte Horst-Eberhard Richter am 6. Mai 1999 in der Zeit. Tjark Kunstreich spann den Gedanken weiter und behauptete, letztendlich gehe es

gar nicht mehr darum, ob im Kosovo überhaupt irgend etwas passiere, "sondern darum, daß egal sein soll, ob und was in Auschwitz geschah". [95]

Der "Kosovo-Krieg" als Versuch deutscher Vergangenheitsbewältigung? Während die nationale Rechte bis in die Gegenwart eine Relativierung des Völkermords anstrebt, schuf sich die nationale Linke, nachdem in den 1960er Jahren die Zeit der Verdrängung zu Ende gegangen war, die Verbrechen "mit einem ja straflosen Geständnis" [96] vom Hals. Die teilweise exzessive Beschäftigung mit der Shoa ließ mit der Zeit – auch ideologisch motiviert [97] – die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Roten Armee ins Blickfeld rücken, bis "der Zweck der Übung" [98] , die Vertreibung jener braunen Schatten, die Deutschlands außen- und militärpolitischen Ambitionen im Weg standen, erreicht war.

Das nationale Heil kommt von Links

Dies gelang genau jenen Linken, die wie Gernot Erler Mitte/Ende der 1980er Jahre noch gegen den aus neokonservativen und rechtsnationalen Kreisen stammenden Versuch opponiert hatten, den Nationalsozialismus als deutsches Spezifikum zu dekonstruieren. "Es brauchte seine Zeit, bis Gauweiler, Augstein, Diepgen und Schröder [...] verstanden, daß hier einmal das nationale Heil von links kam." [99] Unter der rot-grünen Regierung

wandelte sich auch die Instrumentalisierung deutscher Vergangenheit.

Auschwitz war, wogegen Martin Walser in seiner Rede in der Paulskirche im Herbst 1998 noch protestiert hatte [100] , nicht mehr länger die "Moralkeule" zur Unterdrückung deutscher Ambitionen, sondern wurde zum Druckmittel gegen Drittstaaten und zur wichtigsten politischen Waffe in der "Rehabilitierung" deutscher Großmachtinteressen. Indem sich das Land zu seiner Geschichte bekannte, sollte es daraus das Recht ableiten, andere moralisch (und schließlich militärisch) maßzuregeln. "Bomben, die deutsche Geschwader über Belgrad abwürfen, wären dann nichts anderes als die Fortsetzung des Antifaschismus mit anderen Mitteln." [101]

An der deutschen Genesung soll die Welt genesen

Auschwitz war fortan kein primär deutsches, sondern ein serbisches Problem. Während die Bundesrepublik aus ihrer Geschichte gelernt hätte, wiederhole Serbien die deutschen Fehler der Vergangenheit, diesmal aber wider besseres Wissen. Gewohnt sarkastisch spottete Konkret-Herausgeber Gremliza, wenn die Deutschen den Holocaust nicht verbrochen hätten, so hätten sie "Auschwitz erfinden müssen: zur nationalen Erbauung, als Sühneschnäppchen, Arbeitsbeschaffung, Politikersatz und als

Auftrag, die Welt an ihrer Genesung genesen zu lassen". [102]

Schon das Sendungsbewusstsein des deutschen Kolonialismus in Afrika Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, auf das in diesen Zeilen angespielt wird, hatte auf dem Gefühl moralischer Überlegenheit beruht. Die Nationalsozialisten begründeten ihren Herrschaftsanspruch ebenfalls mit elitären Vorstellungen. Davon gingen auch linke Interventionsbefürworter 1999 aus, indem sie "rassisch" mit "moralisch" ersetzten. So diente schlussendlich das Verschweigen von und das Gerede über "Auschwitz" derselben Absicht, Deutschland von seiner Vergangenheit zu entlasten. "Wenn wir Auschwitz bewältigen könnten, könnten wir uns wieder nationalen Aufgaben zuwenden', schrieb Walser 1979. Nun denn." [103]

Die Rolle der 68er-Bewegung

Es bleibt noch die Frage, wieso nicht nur linke Politiker, sondern auch Wissenschaftler und Künstler die moralische Begründung beförderten. Dabei muss festgehalten werden, dass schon Anfang der 1990er Jahre auch unter Intellektuellen die Bereitschaft existierte, einer ideologisch motivierten Gleichsetzung zwischen NS-Gräueln und zeitgenössischen Verbrechen zuzustimmen. So wurde Saddam Hussein u.a. durch Hans Magnus Enzensberger zum "neuen Hitler" und Serben zu Nazis, während die Menschenrechte

in dieser Diktion zur Frage ideologischer Ausrichtung, zur Glaubenssache mutierten.

Und da gerade linke Intellektuelle in ihrer Vergangenheit als "Mitglieder kommunistischer Sekten" [104] verstärkt ideologisch und weniger sachlich argumentiert hatten, blieben sie sich diesbezüglich treu. Hatte sie ihr dogmatischer Ansatz blind für die Verbrechen kommunistischer Regime gemacht [105] , so verschleierte er ihnen auch im Kampf gegen den angeblichen serbischen Neofaschismus den Blick. An die Stelle von Information trat Meinung, Analyse wurde durch Ideologie und Wissen durch Glauben ersetzt. Und wo fundamentalistischer und fanatischer Glaube vorhanden ist, findet sich auch ein Kreuzzug.

Die Anfälligkeit der Linken für Religion und Ideologie überrascht nicht, wurzelt die 68er-Bewegung doch in marxistischen und zahlreichen pseudo-rationalen bis spirituellen Strömungen, von New Age bis zum Ökofundamentalismus. Dies erklärt die Auseinandersetzung mit Gegnern auf der Ebene der Moral und nicht der Fakten: Weil die Dämonisierung Serbiens pseudoreligiöse Züge trug, wurden Kritiker ethisch diffamiert – "Revisionist" und "Holocaust-Leugner" sind, abgekoppelt von den Fakten, in diesem Kontext von Häresie und Inquisition die modernen Pendants zu Blasphemie. [106]

Renegatentum als Weiterentwicklung alter Positionen?

Jürg Altwegg meinte hingegen in der FAZ am 26. Mai 1999, dass die Bereitschaft zur Weiterentwicklung von Positionen anstelle "neurotischen Zwangsverhaltens" und "Realitätsverlust" von früher kein Verrat sei, sondern ein "Kriterium für die Authentizität einer Aufarbeitung und Bewältigung, durch die sich ein Mensch und eine Kultur verändern". [107]

Ihm zufolge lässt sich der dynamische Prozess der 68er – vom Antifaschismus und der Bekämpfung der Gesellschaft von 1968 durch Analogie zur totalitären NS-Herrschaft über Antikolonialismus und Sympathien für Mao, Fidel Castro und Pol Pot – in den politischen und intellektuellen Debatten als Kernstück der Vergangenheitsbewältigung nachvollziehen, an deren Ende die Bombardierung Jugoslawiens eine logische Konsequenz darstelle.

Kriege und Konflikte seien durch die wechselnden Bedürfnisse dieses Umgangs mit der Geschichte wahrgenommen worden, wobei jene, auf die das Schema nicht gepasst hätten, vernachlässigt worden seien, meinte Altwegg. [108] Die Hinwendung zum Balkan sei vor allem von den "Intellektuellen der Vergangenheitsbewältigung" erfolgt, weil sie in Bosnien die multikulturelle und somit genuin antifaschistische Utopie zu erkennen geglaubt hätten.

Unter Beibehaltung ihrer dogmatischen Herangehensweise wurde der Kosovo-Konflikt letzten Endes als eine Neuauflage des "Bosnien-Krieges" interpretiert. Altwegg schreibt die pro-interventionistische Haltung 1999 trotzdem weniger der Ideologie der 68er zu als der Rückkehr "nach einer langen Phase irrationaler Exzesse zur Vernunft (auch einer meist bürgerlichen Herkunft)". [109] Dem widerspricht Walter van Rossum:

» Seit über 30 Jahren beschallen die Enzensbergers, die Walsers, die Biermanns, Cohn-Bendits den öffentlichen Raum. Ihre Kontinuität täuscht über den völligen Austausch der Positionen hinweg. «
Walter van Rossum [110]

Während man früher Imperialismus, Kapitalismus und die Vätergeneration in einem manichäischen Weltbild bekämpft habe, seien mit der Zeit die Revolutionäre verschwunden. Als sie zu Beginn der 1990er Jahre wieder auftauchten, hätten sie die Fronten gewechselt und sich zur "freiheitlich demokratischen Zivilisation" bekannt, wobei der "Realismus" als "eine Art mobiler Rhetorikschlag gegen jede prinzipielle kritische Anfechtung des Stands der Dinge" verwendet wurde.

Geblieben sei "das absurde Geheimnis der Kontinuität", das Entweder-Oder hinsichtlich des bundesrepublikanischen Systems, von dem Enzensberger gemeint hatte, man müsse ihm zustimmen

oder es durch ein anderes ersetzen. Es ließ sich nicht ersetzen, und da Enzensberger konsequent beim Ausschluss des Dritten blieb, stand er 1999 "ebenso trostlos dogmatisch auf Seiten der restlosen Zustimmung". Hermann L. Gremliza im Mai 1999 über die 68er:

» *Sie sind, selbstverständlich, keine Nazis geworden, auch wenn sie, die Feinde der Nazi-Väter, ein Kriegsschiff vor die jugoslawische Küste schicken, das, selbstverständlich, auf den Namen eines Nazi-Admirals getauft ist. [111] [...] Nazis braucht Deutschland nur in Bagdad, Belgrad, Moskau, Peking usw. Zu Hause braucht Deutschland Männer und Frauen, die jederzeit Gewähr bieten, nicht allzu fest auf dem Boden irgendwelcher Prinzipien, Überzeugungen, Glaubenssätze, Gesetze und Ordnungen zu stehen. Gesucht ist die durch und durch deregulierte Persönlichkeit. Und sie ist gefunden, eine ganze Generation dick.* «

Hermann L. Gremliza [112]

"Der Serbe ist der Kriegsverbrecher, und der Albaner das Opfer"

[Anmerkung zum Titel]

Stereotype, Verzerrungen und Einseitigkeiten in der deutschsprachigen Kosovo-Berichterstattung 1998/99 - Teil 1

Seit dem Ausbruch des Ukraine-Konflikts wird in Deutschland die Berichterstattung der Leitmedien kontrovers diskutiert. Leserzuschriften, aber auch Analysen im Internet zwingen dabei viele Medien zur Selbstreflexion. Verglichen mit der Vergangenheit ist die aktuelle Situation zwar keineswegs befriedigend, aber immerhin schon eine deutliche Weiterentwicklung. Blicken wir nämlich nur 16 Jahre zurück, so lässt sich feststellen, dass dort angesichts des sogenannten "Kosovo-Kriegs" ein Konsens von bürgerlichen bis linken Medien darüber herrschte, wie die Situation zu beurteilen sei, der noch weniger an kritischen Tönen zuließ als heute. [113]

Albanische Opfer und "neue Nazis" in Belgrad In der Kosovo-Berichterstattung mutierten Serben in der Darstellung fast ausnahmslos zu "neuen Nazis", während Albaner hauptsächlich als

Opfer dargestellt wurden. Die Gewalt der UÇK wurde, wenn überhaupt thematisiert, mit dem Verweis auf die Unterdrückungspolitik Belgrads gerechtfertigt und ein Eingreifen der NATO gefordert. [114] Das Gros der deutschsprachigen Print- wie audiovisuellen Massenmedien stellte sich im vieljährigen politischen Kampf zwischen Belgrad und den Kosovo-Albanern auf die Seite letzterer. Dies geschah über die nachvollziehbare Sympathie mit dem vermeintlich oder tatsächlich Schwächeren hinaus und unter Missachtung journalistischer Qualitäts- wie Ethikstandards.

Überraschend kam diese Einseitigkeit gerade in deutschen Printmedien allerdings nicht, war doch Kritik an stereotypen Mustern und einseitigen Berichten über den Balkan für die Frankfurter Allgemeine, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau und tageszeitung bereits 1994 wissenschaftlich nachgewiesen worden. Diese Medien hatten damals ein serbisches Feindbild aufgebaut, erreicht "durch eine Einseitigkeit der Berichterstattung zugunsten der Slowenen und Kroaten". [115] Nun, 1998, knüpfte man daran an.

Dass der Kampf der Kosovo-Albaner um politische Rechte Beachtung verdiente, ist unbestreitbar. In Frage gestellt werden muss aber jene einseitige Darstellung unter Auslassung von Fakten, welche der den Konflikt verschärfenden militärischen Intervention

der NATO den Weg zu bereiten trachtete [116] - ein Phänomen, das über Deutschland hinaus auch in der Schweiz in der NZZ, in Österreich in Presse oder Standard, aber auch in Italien in der Repubblica feststellbar war. [117]

Friedensjournalismus und Friedenspflicht von Massenmedien

Frieden zu stärken, erfordere "einen freien Austausch und eine umfassendere und ausgewogenere Verbreitung von Information" [118] , so die UNESCO-Mediendeklaration von 1976. Tatsächlich besitzen Massenmedien nicht bloß eine "passiv zu duldende Friedenspflicht", sondern eine "politisch aktivierende Pflicht". [119] In diesem Zusammenhang vergleicht man z.B. beim Friedensjournalismus (unkritische) Kriegsberichterstattung mit der Sportberichterstattung.

Geht es zwischen zwei Parteien um Sieg oder Niederlage, wird Krieg als unvermeidlich dargestellt und die Sprache des Militärs übernommen, werden Friedensinitiativen weit weniger thematisiert als Gewalt, so bezeichnet Galtung dies als Kriegsjournalismus. Friedensjournalismus soll im Gegensatz dazu Hintergründe eines Konflikts herausarbeiten, mögliche friedliche Lösungen aufzeigen und auf diese abzielen. So sollen vor allem die Opfer beider Seiten gezeigt werden, nicht die Militärs. Medien und Journalisten übernehmen eine Vermittlerrolle, die Berichterstattung soll

deeskalierende Funktion haben. Sie basiert im Kern auf vier Forderungen an Medien und Kriegsberichterstatter:

1. Friedensjournalismus untersucht die Entstehung des Konflikts und stellt Lösungsansätze dar
2. Alle Seiten kommen ausgewogen zu Wort; es gibt keine Einteilung in "gut" und "böse". Die Lügen aller Beteiligten werden aufgedeckt.
3. Aggressoren werden benannt; es wird über die Opfer auf allen Seiten gleichermaßen berichtet
4. Konfliktberichterstattung muss früh einsetzen und versuchen, zwischen den Parteien zu vermitteln

Tendenziöse Berichterstattung am Beispiel der NZZ

Es ist nicht verwunderlich, dass Kosovo das erste Mal 1998 richtig wahrgenommen wurde, als serbische Polizeieinheiten in der Hochebene Drenica am 28. Februar 24 Albaner getötet hatten. Während Belgrad sich darauf berief, eine UÇK-Zentrale zerschlagen zu haben, sprach Andreas Wysling in der Neue Zürcher Zeitung von einem "Massaker" und mutmaßte, es markiere "den Beginn der ethnischen Säuberung". [120] Dabei hatte es bis dahin außer der idealistischen Übertragung des Wahrnehmungsmusters des "Bosnien-Krieges" keine Indizien dafür gegeben. Realistischer wäre gewesen, von der beginnenden Eskalation des Bürgerkriegs zu sprechen. Gegen journalistische Ausgewogenheitspflicht ergriff die NZZ damit Partei.

Auffällig ist die Sprache des Korrespondenten, mit der ein dichotomes Muster bemüht wird: Es habe sich um eine "serbische Polizeioperation gegen albanische Dörfer" gehandelt, die Familie Ahmeti sei als Ziel ausgesucht worden, weil "die Serben" an der reichen und angesehenen Familie ein Exempel studieren wollten, meinte Wysling unter Berufung auf den einzigen Überlebenden, Xhevdet Ahmeti. Während dies die einzige Erklärung blieb, folgten über mehrere Zeilen detaillierte Beschreibungen über die Todesart der Ermordeten, die angeblich rituellen Hinrichtungen zum Opfer gefallen waren. Diese Aussagen der Angehörigen blieben unkommentiert.

Berichterstattung in den Parametern des "Bosnien-Kriegs"

Vor Ort hatte Wysling durch Luft- und Bodenbeschuss sowie Feuer beschädigte Häuser und 24 frisch angelegte Grabhügel gesehen. Weiter im Norden lag das Städtchen Srbica "wie ausgestorben", während es sich die Polizisten in der Munitionsfabrik am Ortsrand in ihren Matten "häuslich eingerichtet" hatten. Anderswo war außer ein paar Haustieren "kein Lebewesen" zu sehen, aber dafür "ein Grabfeld mit 55 frischen Grabhügeln". Nach albanischen Angaben war die Familie Jashari das Angriffsziel, sechs Frauen und zehn Kinder wurden ebenfalls getötet. "Das Dorf in Schussweite der Polizeistellungen ist unbewohnbar gemacht." [121] Nachdem Wysling scheinbar alle Fakten genannt hatte, folgte seine

Interpretation:

» Es ist die gleiche Szenerie wie in Bosnien. Die Schlussfolgerung ist nahe liegend: Die Albaner der Gegend sind überzeugt, dass die Belgrader Regierung in Kosovo erneut mit einer "ethnischen Säuberung" begonnen hat. «

Damit machte sich Wysling die auf Glauben beruhende, wiewohl durch langjährige Benachteiligung der Albaner nachvollziehbare Gegnerschaft zu Serbien unkritisch zu Eigen. Die "ethnische Säuberung" wurde mit der unbewiesenen Analogie zum "Bosnien-Krieg" als gedanklich logische Verbindung suggeriert, obwohl sie lediglich vermutet werden konnte. Opfer wurden zu Kronzeugen, obwohl die ihnen zugeschriebene Aussagekraft auf Glauben, nicht auf Fakten beruhte. Am Ende wurde die Behauptung mit dem Adverb "erneut" zu einer vermeintlichen Tatsache abgerundet.

Ein Massaker, aber keine "ethnische Säuberung"

Dass am 28. Februar Zivilisten getötet worden waren, bestritt auch Serbien nicht. Ein Polizeioffizier räumte ein, dass der Einsatz gegen die UÇK außer Kontrolle geraten sei. [122] Am 28. April 1998 bezeichnete ein serbischer Leserbriefschreiber Wyslings Reportage als "ein klassisches Beispiel für einseitige Berichterstattung" [123] , weil verschwiegen werde, warum und wie es zum beschriebenen Massaker kam.

Unter Berufung auf Radiomeldungen von Voice of America und Free Europe, "keineswegs Milošević-freundlich" [124] , wurden als Hintergründe u.a. genannt, dass in der seit Januar 1998 von der UÇK kontrollierten Region Drenica Serben und loyale Albaner getötet worden waren, wobei die Ermordung von vier Polizisten die Aktion der serbischen Sonderpolizei ausgelöst hatte.

Der entscheidende Punkt ist, dass es sich um ein Gefecht mit UÇK-Freischärlern handelte, dem auch Zivilisten zum Opfer fielen, und nicht, wie von Wysling suggeriert, um einen Angriff auf Zivile, bei dem Kinder, Frauen und Alte systematisch getötet wurden. UÇK-Gründer Adem Jashari und seine Leute schossen auf die Polizei, während sie es unterließen, ihre Frauen und Kinder in Sicherheit zu bringen. [125] Dennoch kann man auch als NATO-Kritiker wie Mathias Küntzel angesichts der 58 Toten von einem Massaker mit "Vergeltungs- und Abrechnungscharakter" [126] sprechen.

Kein audiatur et altera pars

Eines sticht aber ins Auge: Der gesamte Artikel zitiert keine einzige jugoslawische oder serbische Quelle. So gesehen ist Wyslings "naheliegende" Schlussfolgerung tatsächlich eine solche. Hintergründe, Motive oder auch nur Rechtfertigungen der Polizeibehörden, des Ministeriums oder einer anderen serbischen Stelle fehlen.

Damit wird der Eindruck irrationalen Handelns erweckt, der als Conclusio in den "ethnischen Säuberungen" schließlich bestätigt wird. Kein audiatur et altera pars, keine Kritik, kaum Distanz zu den zitierten Quellen. Qualitätsjournalismus sieht anders aus.

Das "Massaker von Orahovac"

Wie schon im "Jugoslawien-Krieg" wurde nun erneut ein serbisches Feindbild aufgebaut, diesmal durch einseitige Berichterstattung zugunsten der Kosovo-Albaner. Die Ermordung von 22 serbischen Zivilisten in Klečka im August 1998 beispielsweise war, verglichen mit den später zum internationalen Medienereignis avancierten Vorfällen in Račak, den meisten Zeitungen nur eine Randnotiz wert. Und dies, obwohl die Ausgangslage klarer als in Račak gewesen war. [127]

Während also im August 1998 ein tatsächliches Massaker kaum Erwähnung fand, landeten im selben Zeitraum Spekulationen auf der Titelseite: "Massengräber jetzt auch im Kosovo entdeckt. taz-Reporter stößt bei Orahovac auf hunderte Leichen". [128] Rathfelder hatte dabei nach eigenen Angaben ebenso wenig Leichen gesehen wie sein US-amerikanischer Kollege Phil Smucker, jedoch einen starken Verwesungsgeruch wahrgenommen. Ein serbischer Augenzeuge hatte angeblich von 567 Ermordeten, darunter 430 Kinder, an deren Bestattung der Zeuge mitgewirkt

haben wollte, berichtet. Weiteren Augenzeugenberichten zufolge sollten es bis zu 1000 Opfer sein, die fehlenden Toten erklärte der Korrespondent damit, dass "Zigeuner" viele Leichen abtransportiert hätten.

Tote aus Kämpfen zwischen Paramilitärs und Anti-Terror-Einheiten

Internationale Delegationen fanden letztlich 37 Gräber, die auch von serbischer Seite bestätigt worden waren. Die Opfer waren bei der Rückeroberung der Stadt durch serbische Sonderpolizei ums Leben gekommen. [129]

Anstatt von Bürgerkrieg zu schreiben, lautete eine andere Schlagzeile vom 5. August 1998 jedoch "Massengräber im Kosovo. Hunderte Kinder verscharrt?" [130] oder, wie in der italienischen Tageszeitung La Repubblica: "So habe ich den Serben geholfen, 430 Kinder zu begraben" (6. August 1998). Am 6. August erneuerte Rathfelder seine Behauptungen, als Referenz zitierte er die Washington Post vom 4. August, die sich auf Gerüchte bezogen hatte. Er unterschlug jedoch deren Kernaussage, wonach nicht von einer hohen Anzahl von Leichen in den Massengräbern auszugehen sei.

Das erfundene Massaker

Am 7. August ruderte die taz angesichts der Fragwürdigkeit des angeblichen Massakers erstmals zurück ("Widersprüche über Opfer bei Orahovac"). Trotzdem verwies die Zeitung auf einen Bericht der Washington Times, der Rathfelders Version mit den 567 Leichen, die ein serbischer Augenzeuge angeblich gesehen hatte, stützte. Der Autor des als Referenz zitierten Artikels war Phil Smucker, Rathfelders Kollege in Orahovac. [131]

Letztlich war das "Massaker von Orahovac" nichts als eine Erfindung. FAZ-Korrespondent Matthias Rüb schrieb später über Rathfelder und Smucker, ohne sie beim Namen zu nennen, ihre Zahlen "sorgten zwar vorübergehend weltweit für Schlagzeilen, doch fußten sie auf keinerlei seriösen Recherche". [132] Selbst kosovo-albanische Zeitungen schrieben von "nur" 80-110 Toten. Und eine Analyse des Auswärtigen Amtes in Bonn mit Stand November 1998 kritisierte, wiederholte Presseberichte über Massaker und Massengräber hätten zur Beunruhigung der Flüchtlinge beigetragen, "konnten jedoch durch internationale Beobachter bislang nicht bestätigt werden". [133]

Račak - Massaker, Gefecht oder beides?

Am 16. Januar 1999 werden 40 albanische Leichen [134] in der Nähe des Dorfs Račak entdeckt. Der Leiter der Kosovo Verification Mission der OSZE, William Walker, spricht noch am Tatort von

einem "Massaker" der serbischen Seite. Das Gros der westlichen Massenmedien übernahm Walkers Version, unbeschadet der zweifelhaften Vergangenheit des Amerikaners und vor allem der Tatsache, dass es noch gar keine unabhängige Untersuchung der Ereignisse gegeben hatte. Abgesehen von den französischen Tageszeitungen Le Monde [135] und Le Figaro [136] gab es kaum Zweifel an Walkers Darstellung.

Dabei hatte die serbische Polizei am Vortag einen der OSZE angekündigten Angriff gegen das als UÇK-Festung bekannte Dorf geführt [137] , die Behauptung, die Toten seien beim Angriff gefallene Kämpfer, schien nicht unplausibel. Zudem sprachen albanische Quellen selbst von sieben (FAZ) bzw. acht (NZZ) getöteten UÇK-Leuten. [138] Dennoch setzt sich Walkers Version am 18. Januar in FAZ, Süddeutsche und NZZ durch. Sie alle sprechen ohne Anführungszeichen von einem Massaker, Erich Rathfelder in der Presse gar von einem "Vernichtungsfeldzug", Der Standard von einem "bestialischen Massaker". [139] Laut Matthias Rüb, der am 18. Januar, einem lapsus linguae gleich, ein einziges Mal von einem "mutmaßlichen Massaker" schreibt, "schlachtet die serbische Polizei fast vier Dutzend albanische Zivilisten ab", diese seien "einem Massaker, einer Massenhinrichtung zum Opfer gefallen". [140]

Wo Walker von 45 Toten spricht, schreibt die Süddeutsche Zeitung am 19. Januar von "mindestens 45 Albanern", während Matthias

Rüb zufolge "nach albanischen Quellen [...] 60-80 Menschen" getötet worden sind. Aus einer objektiven Höchstzahl wird so eine Mindestzahl, albanische Quellen werden nur zitiert, um das Ausmaß der Tragödie zu vergrößern. Die am 18. Januar noch genannten UÇK-Mitglieder unter den Toten werden nach dem ersten Tag der Berichterstattung nicht mehr erwähnt; die Formulierung lautet nun "kosovo-albanische Zivilisten". Und während der KVM Special Report unter den 45 Leichen eine Frau und einen zwölf Jahre alten Jungen nennt, schreibt der Standard am 18. Januar von "Frauen und Kindern". [141]

Vorverurteilung in den Leitmedien

Die Gewissheit, mit der man gerade in den deutschsprachigen Printmedien von der Verantwortung der serbischen Seite ausging [142] , erinnert an das bis heute in seiner Urheberschaft umstrittene Massaker auf dem Marktplatz von Sarajevo am 5. Februar 1994. Damals hatte das Gros der deutschen Presse einen Tag später, ohne jede Untersuchung, Konsequenzen in Form eines Militärschlags gegen die bosnischen Serben gefordert. [143]

Ein Bericht der Berliner Zeitung vom 13. März 1999 wies zwar darauf hin, dass man OSZE-intern längst von einer "Inszenierung durch die albanische Seite" [144] ausgehe. Doch obwohl die Bundesregierung ebenso wie die NATO ihre Kriegsvorbereitungen

zu diesem Zeitpunkt mit dem "Massaker von Račak" begründeten, griffen Presse, Rundfunk und Fernsehen die Recherche nicht auf. [145]

Doch wer konnte in Deutschland angesichts einer monatelangen einseitigen Berichterstattung [146] , gepaart mit dem Bemühen der rot-grünen Koalition um außenpolitische Revision und Wiedererlangung militärischer Handlungsfreiheit [147] , ernsthaft glauben, dass gerade jenes Ereignis, das sich vorzüglich als Rechtfertigung für die angestrebte Beteiligung am Luftkrieg eignete, nochmals in Frage gestellt werden würde? So ist nicht verwunderlich, dass den Lesern Fakten vorenthalten blieben, wie z.B. aus der deutschen Botschaft in Belgrad:

<R Z>Abschließend möchte die Botschaft klarstellen, dass es ihr keineswegs darum geht, die serbische Seite von Schuld freizusprechen. Es scheint aber aufgrund der hier bisweilen als eher stark einseitig pro-albanisch empfundenen Berichterstattung westlicher Medien (bedingt natürlich auch durch das völlige Fehlen einer serbischen Öffentlichkeitsarbeit, die diesen Namen auch verdient) geboten, immer wieder darauf hinzuweisen, dass das Kosovo-Problem eine Vielzahl von Zwischentönen enthält, die bei plakativer Darstellung verloren gehen, und auf mögliche Folgen hinzuweisen, sofern diese Aspekte unberücksichtigt bleiben.::Deutsche Botschaft in Belgrad [148]

Selbst das Verteidigungsministerium wies in einem internen Bericht vom 10. März 1999 darauf hin, ""dass die Medienberichterstattung über Flüchtlinge und angebliche Offensiven mit Vorbehalten zu betrachten" [Hervorhebungen im Original]" [149] sei, da beide Konfliktparteien versuchten, die eigene Bevölkerung und die Internationale Gemeinschaft über die Massenmedien zu beeinflussen.

Berichterstattung als Feindbildstilisierung

Stereotype, Verzerrungen und Einseitigkeiten in der deutschsprachigen Kosovo-Berichterstattung 1998/99 - Teil 2

Mit Beginn der Luftangriffe und der Stilisierung des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević zu einem neuen Hitler vertiefte sich die Einseitigkeit in der Berichterstattung der deutschen Leitmedien weiter. Beispiele fairen und ausgewogenen Verhaltens gab es zwar immer noch, allerdings hatten diese keinen nennenswerten Einfluss auf die öffentliche Meinung. So appellierte die IG Medien am 26. März 1999 an alle Journalisten, sich weder für die Interessen Jugoslawiens noch für jene der NATO "einspannen oder missbrauchen" [150] zu lassen. Hermann Meyn, Bundesvorsitzender des Deutschen Journalistenverbandes, kritisierte wenige Tage nach Beginn der Bombardements die "Hetzsprache" deutscher Zeitungen und fehlende Zurückhaltung "in Bezug auf die Unsicherheit der Quellen. [151]

Franziska Hundseder, Bundesvorsitzende der Fachgruppe Journalismus der IG Medien, warf im Juni 1999 insbesondere den audiovisuellen Massenmedien schlampigen und unseriösen Journalismus vor. Sie prangerte an, dass Aussagen von Flüchtlingen

vielfach wie Tatsachen behandelt worden seien und erinnerte daran, dass jede Information mindestens zwei unterschiedliche Quellen haben müsse. [152] Günter Herkel wiederum kritisierte die "nahezu einmütige Kriegsbejahung in den ersten Wochen" und die Identifikation der Berichterstatter mit der "eigenen Partei". Dadurch zeichne sich eine bedenkliche Veränderung des journalistischen Selbstverständnisses ab, der Journalist werde zum Agitator. [153] Friedensforscher Dieter S. Lutz wies auf die Folgen dieser Berichterstattung hin:

» Durch die Manipulation der öffentlichen Meinung vor und während des Nato-Bombardements erscheint uns die Entwicklung als eine kontinuierliche Abfolge einseitig von der jugoslawischen Seite ausgehender Gewalt und verbrecherischer Handlungen, die geradezu zwangsläufig zum Eingreifen der Nato führen mußten, um noch Schlimmeres zu verhindern. «
Dieter S. Lutz [154]

Leitmedien bildeten den parlamentarischen Konsens ab

In ihrer Analyse des medialen Diskurses zum "Kosovo-Krieg" anhand der Untersuchung der Leitartikel von taz, FAZ, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau und Die Welt zwischen 25. März und 20. Juni 1999 [155] stellten Christiane Eilders und Albrecht Lüter fest, "dass es den Kritikern der NATO-Intervention in

Deutschland kaum gelungen ist, sich auf der massenmedialen Ebene Gehör zu verschaffen". [156] Die Autoren erklären diesen Umstand unter Bezugnahme auf die Indexing-Hypothese. [157] Danach ist kritische Medienberichterstattung keine konstante Eigenleistung des Journalismus, sondern abhängig von der Konstellation der Konfliktlinien im Parlament - die für das politische Spektrum Deutschlands repräsentativen fünf Tageszeitungen [158] bildeten also in der Öffentlichkeit die von breitem Konsens geprägte parlamentarische Debatte ab. [159] Eilders/Lüter bescheinigen allen untersuchten Zeitungen "trotz des Zäsurcharakters in der deutschen Nachkriegsgeschichte" "ein hohes Maß an Konsens über die grundsätzliche Legitimität einer deutschen Beteiligung am Kosovokrieg" [160] :

» *Über die Hälfte der Kommentare war allgemein unterstützend, wenn auch teilweise Bedenklichkeiten geäußert wurden. Etwa ein Viertel äußerte sich kritisch, wobei hier nicht die grundsätzliche Legitimität in Frage stand, sondern spezifische Handlungsaufforderungen formuliert wurden. Dazu kam etwa ein Zehntel kritischer Stellungnahmen, in denen allerdings keine bessere Alternative - auch nicht ein Ende des Krieges - formuliert wurde. Lediglich sechs - davon fünf in der taz - von 144 bewertenden Stellungnahmen wandten sich prinzipiell gegen den Krieg.* «

Eilders/Lüter [161]

Eine vom Rechtfertigungsdiskurs der Regierungen geprägte Berichterstattung

Zu ähnlichen Ergebnissen kam Stefan Krempl in seiner Analyse der Mailingliste Nettime, der New York Times und der Süddeutsche Zeitung im Zeitraum vom 22. März bis 20. Juni 1999. Er konstatiert, dass sowohl die New York Times als auch die Süddeutsche stark vom Rechtfertigungsdiskurs der jeweiligen Regierungen geprägt waren, während investigativer Journalismus und das Hinterfragen von Interessen keine nennenswerte Rolle spielten:

» *So werden auch spektakuläre Falschmeldungen übernommen. NATO-Speak schleicht sich in viele Beiträge ein; [...] Krieg, Medien- und Propagandakritik werden weitgehend in Enklaven wie das Feuilleton bei der SZ oder die Belgrad-Reporte der Times "verbannt". [...] Strikt getrennte Parallelwelten öffnen sich vor dem Leser, die dieser selbst diskursiv zusammenführen muss.* «
Stefan Krempl [162]

Krempl zufolge führte die der Clinton-Regierung nahe stehende Times im Rechtfertigungs- und Moralisierungsdiskurs "haushoch" [163] , die Süddeutsche vertrat jedoch ebenfalls eine pro-interventionistische Linie. [164] Diskursive Anspielungen, die beim Leser mühelos mit den Gräueln der NS-Zeit in Verbindung gebracht werden konnten, fanden sich ebenfalls. [165]

Darüber hinaus berichtete die Süddeutsche in einem halben Dutzend Texten über serbische Propaganda und ihre massenmediale Verbreitung, während sie NATO-Propaganda und die Rolle der westlichen Medien kaum beleuchtete. Brüssel-Korrespondent Peter Belchschmidt erklärte gar Jamie Shea "zum wahren Helden des Kriegs". [166] Der kriegskritische Diskurs fand außer im bereits erwähnten Feuilleton noch in Reportagen und "Themenartikeln" aus Belgrad statt. Bernhard Küppers berichtete differenzierter, ohne mit Kritik an Milošević zu sparen, während der innenpolitische Teil stärker vom Rechtfertigungsdiskurs der NATO und der Bundesregierung geprägt blieb. [167]

Kaum Gegenstimmen

In deutschen Zeitungen differenzierte oder neutrale Darstellungen über die Ereignisse im Kosovo zu finden, war bereits vor dem März 1999 schwierig und wurde mit Beginn der Bombardements mit Ausnahme der NATO-kritisch und tendenziell pro-serbisch berichtenden sozialistischen Printmedien Junge Welt, Freitag und Konkret nahezu aussichtslos.

Anders verhielt es sich mit dem Internet. Auch wenn es sich dabei keineswegs um eine "kompakte "Gegenöffentlichkeit" [168] handelte, so stellten doch vor allem Blogs und Mailinglisten eine Alternative zu traditionellen Informationsquellen dar. Dort sei, so

Krempl, Propaganda beim gemeinschaftlichen und verlinkten Filtern nie lang verborgen geblieben. [169]

Vorurteile und opferzentrierte Berichterstattung

Heiko Franzen, Ex-Pressesprecher der deutschen KFOR-Einheit, räumte Ende 2000 ein, selbst mit dem "klassischen", mediengeprägten Bild in das Kosovo gekommen zu sein: "Der Serbe ist der Kriegsverbrecher, und der Albaner das Opfer." [170] Er habe dann aber versucht, den Journalisten beide Seiten zu zeigen:

> *» Wollten sie mit Albanern reden, die vertrieben wurden und nun zurückgekehrt waren, habe ich sie auch noch in ein zerstörtes serbisches Dorf gebracht, durch das die UÇK gerollt war und wo Menschen exekutiert worden sind. Wollten sie in die Enklave, bin ich hinterher noch zu einem albanischen Massengrab gefahren. «*
> **Klinger/Lehmann**

Viele hätten abgelehnt, sich schließlich, da sie auf seine Begleitung und das Auto angewiesen waren, jedoch gefügt. Am Ende bezeichneten sie das Gesehene meist als "sehr interessant", aber nicht brauchbar für ihren Beitrag. So habe er letzten Endes doch wieder klassische Bilder gesehen: "Aus Vilika Hoça wurde ein Dorf voller Kriegsverbrecher, das nicht vor Albanern beschützt werden muss, sondern bewacht wird, weil es gefährlich ist. [...] Vielleicht

lässt es sich anders nicht verkaufen?" [171]

Flüchtlingsberichte

Was sich auf jeden Fall "verkaufen" ließ, waren Flüchtlingsberichte, wobei Vorurteile eine wesentliche Rolle spielten. Der deutsche Chirurg in den mazedonischen Flüchtlingslagern Stenkovac I und II, Richard Munz, sagte nach Kriegsende, er sei sehr überrascht gewesen, dass die Mehrheit der Flüchtlinge in den beiden Lagern Männer im wehrfähigen Alter gewesen waren, da es in den Massenmedien immer so dargestellt worden war, als würde es diese in den Lagern nicht geben. Selbst wenn Journalisten auf die Tatsachen hingewiesen worden seien, hätten sie sich geweigert, diese wahrzunehmen. [172]

Munz fügte noch hinzu, er habe seine Vorstellungen und Vorurteile durch das, was er in den Lagern gesehen habe, revidiert, während die Massenmedien ihre Vorstellungen "nicht mehr korrigieren konnten oder wollten. Sie haben den objektiven Blick verloren und sich zu einem Teil dieses Konflikts machen lassen." [173]

Teilweise geschah dies durchaus bewusst: Tageszeitungen wie Die Welt, die Frankfurter Rundschau, die taz und nicht zuletzt die Frankfurter Allgemeine sympathisierten mit sezessionistischen Kosovo-Albanern und favorisierten die Variante der Eigenstaatlichkeit gegenüber der Autonomie-Lösung klar. [174]

Dass dabei die Zivilbevölkerung von der Guerilla-Taktik der UÇK als Schutzschilde missbraucht wurde, wurde kaum erwähnt. Im Mittelpunkt der Berichte stand meist die dem üblichen Bürgerkriegsschema entsprechende, wenngleich unverhältnismäßig brutale Reaktion des Staatsapparates, welche die Flüchtlingsbewegungen auslöste.

Allerdings waren Leid und Elend der Zivilbevölkerung auch taktisches Mittel der Guerilla, denn durch "geschickte Information und Manipulation der Medien wurden internationale Aufmerksamkeit und Betroffenheit erzeugt". [175]

Angesichts der Instrumentalisierbarkeit menschlichen Leids für politische und militärische Zwecke erscheint die Forderung nach einem "buchhalterischen Journalismus" [176] , in dem die Gefühle des Journalisten keine Rolle spielen dürften, nicht nur nachvollziehbar, sondern als friedenspolitische Notwendigkeit.

Gründe für die einseitige Berichterstattung

1. Durch die opferzentrierte Berichterstattung fielen die Sympathien angesichts der Parteien serbische Sonderpolizei - UÇK - Zivilisten auf die Zivilbevölkerung. Da im Kosovo vor 1999 über 85% Albaner lebten, war die Wahrscheinlichkeit, dass Albaner getötet würden, viel höher als bei Serben oder anderen Ethnien. So wurden albanische Zivilisten als Opfer serbischen Polizisten als Täter gegenübergestellt. Die UÇK wurde als

Reaktion auf den Staatsterror interpretiert und nicht umgekehrt, was sie von ihrer Verantwortung exkulpierte. In einer aus dem Zusammenhang von Terrorismus, Staatsterror und Guerilla gerissenen Perspektive ohne ethnisch proportionale Ausgewogenheit waren die Opfer somit tatsächlich hauptsächlich albanische Zivilisten.
2. Durch die Kategorien "Völkermord" und "Holocaust" wurde der serbischen Seite als Staatsmacht zwangsläufig die Rolle Hitler-Deutschlands zugeschrieben.
3. In der Tradition der Berichterstattung des "Jugoslawien-Kriegs" griff das seit Anfang der 90er Jahre bestehende Raster "Serben = Nazis" und setzte die bestehende Polarisierung fort.
4. Die aus a, b und c resultierende Simplifizierung des politischen, sozioökonomischen und ethnischen Konflikts verselbständigte sich und wurde zu einem ökonomischen Faktor für die Medien. Je einfacher in Gut und Böse unterteilt und je opferzentrierter berichtet wurde, desto höher war der Gewinn. [177]

Berichterstattung für den nächsten Krieg?

Die Untersuchung der deutschsprachigen Kosovo-Berichterstattung zeigt, dass das Konzept des Friedensjournalismus nicht befolgt wurde. Ich möchte dies zusammenfassend nochmals am in Teil 1 erwähnten Konzept von Johan Galtung verdeutlichen:

"1. Friedensjournalismus untersucht die Entstehung des Konflikts und stellt Lösungsansätze dar.":

Zwar wurde die Entstehung des Konfliktes thematisiert, jedoch zumeist erst ab Beginn der Bürgerkriegsereignisse 1998 oder

maximal mit der Aufhebung der Autonomie des Kosovo 1989. Dass der Konflikt viel ältere Wurzeln hatte, wurde nicht erwähnt.

"2. Alle Seiten kommen ausgewogen zu Wort; es gibt keine Einteilung in 'gut' und 'böse'. Die Lügen aller Beteiligten werden aufgedeckt.":

Von Ausgewogenheit war wenig bemerkbar. Insbesondere den Lügen der terroristischen UÇK wurde viel zu leicht Glauben geschenkt. Die Zuschreibung "gut" für "die" Albaner und "böse" für "die" Serben war dabei am auffälligsten.

"3. Aggressoren werden benannt; es wird über die Opfer auf allen Seiten gleichermaßen berichtet.":

Albanische Opfer waren omnipräsent, egal, ob es sich um Zivilisten oder Guerilla-Kämpfer handelte. Demgegenüber wurden selbst zivile serbische Opfer entweder nicht erwähnt oder in Zusammenhang mit der "serbischen Vertreibungspolitik" gesetzt, was so viel bedeutete, wie selbstverschuldetes Opfer zu sein. Dass daneben noch andere ethnische Minderheiten vertrieben und ermordet wurden (Kroaten, Goranen, Roma, Ashkali), wurde nicht berichtet - wohl, weil die Täter in diesen Fällen der UÇK zuzurechnen waren.

"4. Konfliktberichterstattung muss früh einsetzen und versuchen,

zwischen den Parteien zu vermitteln.":

Insbesondere die Račak-Berichterstattung verdeutlicht, dass von Vermittlung keine Rede sein kann. Aber auch die Schuldzuweisung für das Scheitern der Diplomatie in Rambouillet an Serbien/ Jugoslawien, nach Veröffentlichung des für jeden Staates inakzeptablen "Annex B" [178] Anfang April 1999 [179] noch immer fortgesetzt, verdeutlicht, dass nicht Friedens-, sondern letztendlich Kriegsjournalismus betrieben wurde.

Warum Leitmedien ihr einseitiges Bild vom Kosovo-Konflikt erzeugten

In der deutschsprachigen und deutschen Kosovo-Berichterstattung 1998/99 wurde Serbien gegenüber den Kosovo-Albanern benachteiligt, indem der Bürgerkrieg als "ethnische Säuberung" und "Genozid" interpretiert wurde. Die Berichterstattung tendenziell sozialistisch/kommunistisch ausgerichteter Printmedien hält dabei in höherem Ausmaß einer quellenkritischen Prüfung stand als jene konservativer, rechtsgerichteter, liberaler und sozialdemokratischer Medien.

Regierungsdruck als Grund für pro-albanische und NATO-freundliche Berichterstattung ist nicht nachweisbar, obwohl z. B. Peter Mezger, Auslandschef beim Bayerischen Fernsehen, während des Krieges einräumte, die Medien würden "natürlich benutzt".

[180] Gründe für die einseitige Darstellung jenseits weltanschaulicher Differenzen waren

auf ideologisch-semantischer Ebene:

- Wahrnehmung des Kosovo-Konflikts in der Lesart des "Jugoslawien-Kriegs" und daraus resultierende Simplifizierung (Serben = böse, Albaner = gut)
- Interpretation des Konflikts in Parametern des Holocaust
- Übertragung der ethisch richtigen Schlüsse des 2. Weltkrieges auf einen Bürgerkrieg (moralisches Gebot, Völkermorde mit allen Mitteln, auch mit Krieg, zu verhindern)

auf struktureller Ebene:

- Verwendung assoziations- und konnotationsgeladener Bilder und gesteuerter Einsatz manipulativer Wirkung von Bildern durch Verwendung von Kollektivsymbolik
- Wirtschaftskrieg zwischen Medienkonzernen und seine negativen Auswirkungen auf investigativen Journalismus
- Einfluss von Nachrichtenagenturen und großen Nachrichtensendern, allesamt Privatunternehmen (Reuters TV, WTN, APTV, CNN)

Angesichts sich verschärfender Arbeitsbedingungen am Medienmarkt durch Konkurrenzkampf und Quotendruck findet Zensur hauptsächlich innerhalb der Redaktionen statt. [181]

Insgesamt kann festgehalten werden, dass das in deutschen und deutschsprachigen Massenmedien erzeugte Jugoslawien- und Kosovo-Bild vor und während des Krieges - analog zu jenem der

meisten NATO-Länder - mehrheitlich ein medial erzeugtes war, das eher den Interessen der NATO Rechnung trug denn der Realität. Die Berichterstattung entsprach nicht den Kriterien des Friedens-, sondern jenen des Kriegsjournalismus, und sie trug dazu bei, das Bild eines scheinbar gerechtfertigten Krieges zu festigen, das für kommende Kriege jederzeit reaktivierbar war und ist.

Fußnoten

[1] Vgl. Mick Hume, Whose War is it anyway? The Dangers of the Journalism of Attachment, London 1997.

< zurück

[2] Vgl. Andres Wysling, Trauerzüge und Ruinen in Drenica, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.3.1998.

< zurück

[3] Vgl. Jacques Merlino, "Les vérités yougoslaves ne sont pas toutes bonnes à dire", Paris 1993, auszugsweise übersetzt in: Jacques Merlino, ‚Da haben wir voll ins Schwarze getroffen", in: Klaus Bittermann (Hg.), Serbien muß sterbien. Wahrheit und Lüge im jugoslawischen Bürgerkrieg, Berlin 41999, S. 153-164, S. 156.

< zurück

[4] Andreas Zumach, "80 Prozent unserer Vorstellungen werden durchgepeitscht". Die letzte Chance von Rambouillet und die Geheimdiplomatie um den "Annex B", in: Thomas Schmid (Hg.), Krieg im Kosovo, Reinbek 1999, S. 75.

< zurück

[5] Vgl. Heinz Loquai, Weichenstellungen für einen Krieg. Internationales Konfliktmanagement und die OSZE im Kosovo-

Konflikt (Demokratie, Sicherheit, Frieden 150), Baden-Baden 2003, S. 163-169.

< zurück

[6] Jo Angerer/Mathias Werth, Es begann mit einer Lüge. Monitor-Dokumentation, Erstausstrahlung in der ARD am Donnerstag, 8.02.2001, um 21.45 Uhr; zit. nach http://www.wdr.de/online/news/kosovoluege/sendung_text.pdf, S. 4, 20.5.2003 (Seite nicht mehr verfügbar, Ausdruck im Besitz des Verfassers).

< zurück

[7] Zur Widerlegung von Scharpings Behauptung, im Fußballstadion von Pristina hätten Serben ein KZ eingerichtet, vgl. Angerer/Werth, Es begann mit einer Lüge, pdf-Datei, S. 5f.

< zurück

[8] Uta Andresen, Die überaus nützliche Dämonisierung der Serben, in: taz, 10.5.1999.

< zurück

[9] "Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge". Offener Brief an die Minister Fischer und Scharping, in: Frankfurter Rundschau, 23. April 1999. Die Unterzeichner waren Esther Bejarano, Peter Gingold, Kurt Goldstein, Walter Bloch, Henny Dreifuß, Günter Hänsel, Werner Stertzenbach, Hans Frankenthal, Rudi Lippmann, Erhard Deutsch, Vera Mitteldorf, Werner Krich, Irmgard Konrad, Maricha König und

Adi König.dpa, Günter Grass billigt Balkan-Krieg, in: Süddeutsche Zeitung, 10.5.1999.
< zurück

[10] dpa, Günter Grass billigt Balkan-Krieg, in: Süddeutsche Zeitung, 10.5.1999.
< zurück

[11] Daniel J. Goldhagen, Eine "deutsche Lösung" für den Balkan, in: Süddeutsche Zeitung, 30.4.1999.
< zurück

[12] Dieter S. Lutz, Das Beispiel Kosovo: Lehrstück wider den Humanitären Interventionismus, in: Georg Meggle (Hg.), Humanitäre Interventionsethik. Was lehrt uns der Kosovo-Krieg?, Paderborn 2004, S. 267-288, S. 276.
< zurück

[13] Vgl. Kurt Gritsch, Inszenierung eines gerechten Krieges? Intellektuelle, Medien und der "Kosovo-Krieg" 1999, Hildesheim 2010.
< zurück

[14] Vgl. dazu Martin Gilbert, Auschwitz and the Allies, New York 1981, S. 341.
< zurück

[15] Gilbert, Auschwitz and the Allies, S. VIII.

< zurück

[16] Gilbert, Auschwitz and the Allies, S. 341.

< zurück

[17] Walter van Rossum, Die humanitäre Zitadelle. Menschenrechtskrieger. Der moralische Automatismus und seine Automaten, in: Freitag, 14.5.1999.

< zurück

[18] Renate Flottau, ‚Die Serben werden fauchen". Der EU-Sonderbeauftragte Wolfgang Petritsch über die Friedensverhandlungen und die Autonomiepläne für die Albaner im Kosovo, in: Der Spiegel 6/1999, 8.2.1999.

< zurück

[19] Jürgen Elsässer, Kriegsverbrechen. Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo Konflikt (Konkret Texte 27), Hamburg 2000, S. 158.

< zurück

[20] Theodor Ebert, Tragödie und Torheit. Kein Friede im Kosovo ohne Verständnis für die Staatsräson Jugoslawiens, in: Junge Kirche 5/1999, S. 262ff.

< zurück

[21] Die bis heute nicht abschließend geklärten Opferzahlen werden für die Zeit ab 24. März 1999 überwiegend mit rund 10.000 für alle Ethnien angegeben, während für die Zeit bis 24. März 1999 von unter 1.000 Opfern aller Ethnien die Rede ist. Vgl. The Independent International Commission on Kosovo, The Kosovo Report - Conflict - International Response - Lessons Learned, Oxford University Press 2000; Das von der serbischen Menschenrechtlerin Nataša Kandić gegründete Humanitarian Law Centre, Kosovo Memory Book, 27.05.2011.
< zurück

[22] Der Verfassungsschutzbericht 1998 bezeichnete die UÇK als "in ihrer Heimat terroristisch operierende "Befreiungsarmee von Kosovo". Bundesministerium des Inneren, Verfassungsschutzbericht 1998, Bonn 1999, S. 138. Und der der US-Botschafter in Belgrad, Robert Gelbard, nannte die UÇK am 23. Februar 1998 "ohne jegliche Zweifel eine terroristische Gruppe". CNN-Interview, 23. Februar 1998, zit. nach Balkanblog, 14.8.2009.
< zurück

[23] Loquai, Der Kosovo-Konflikt, S. 64-67. Zur Bilanz der KVM-Mission vgl. Ders., Weichenstellungen für einen Krieg. Internationales Konfliktmanagement und die OSZE im Kosovo-Konflikt (Demokratie, Sicherheit, Frieden 150), Baden-Baden 2003.
< zurück

[24] Vgl. August Pradetto, Zurück zu den Interessen. Das strategische Konzept der NATO und die Lehren des Krieges, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1999, S. 805-815, bes. S. 805-810.
< zurück

[25] Bundesaußenminister Joseph Fischer auf der Pressekonferenz am 7. April 1999, zit. nach Frank Schirrmacher, Luftkampf. Deutschlands Anteil am Krieg, in: FAZ, 17.4.1999. Abgedruckt im nach wie vor lesenswerten Sammelband von Frank Schirrmacher (Hg.), Der westliche Kreuzzug. 41 Positionen zum Kosovo-Krieg, Stuttgart 1999. S. 117-120.
< zurück

[26] Heiko Hänsel/Heinz-Günter Stobbe, Die deutsche Debatte um den Kosovo-Krieg: Schwerpunkte und Ergebnisse. Versuch einer Bilanz nach drei Jahren (verfasst im Auftrag der Heinrich Böll Stiftung), Berlin, März 2002 (Internet-Publikation als pdf-Datei), S. 121.
< zurück

[27] Zur Diskussion Linke und Krieg vgl. Die Linke im Krieg. Streitgespräch zwischen Jutta Ditfurth, Thomas Ebermann, Jürgen Elsässer und Hermann L. Gremliza, in: Konkret 7/1999, S. 14-19; Daniel Cohn-Bendit, Wer vom Totalitarismus schweigt, sollte auch

nicht über die Freiheit reden, in: Kommune 3/2001, S. 6-10; Zur Rolle der 68er-Linken vgl. Klaus Theweleit, Logical, radical, criminal. Der Krieg als letztes Mittel, erwachsen zu werden, oder: Warum die Alt-68er in der neuen Regierung ohne Zögern bereit waren, Völkerrecht und Grundgesetz zu brechen, in: Konkret 5/1999, S. 22-29; Gerd Koenen, Ach, Achtundsechzig. Fischer, das ‚Rote Jahrzehnt' und wir, in: Kommune 2/2001, S. 6-11; Martin Altmeyer, Geschichte, Mythos, Psychodynamik. Deutungsmuster in der 68er-Debatte, in: Kommune 3/2001, S. 36ff; Siegfried Knittel, Aufrechter Gang und krummer Weg. 68er-Revolte paradox, in: Kommune 3/2001, S. 39f; Kurt Seifert, Achtundsechziger Erbe, in: Kommune 3/2001, S. 45.
< zurück

[28] Maria Mies, Krieg ohne Grenzen. Die neue Kolonisierung der Welt (Neue Kleine Bibliothek 94), Köln 2005, S. 78.
< zurück

[29] Vgl. Robert B. Stinnett, Day of Deceit. The Truth about FDR and Pearl Harbor, London 2000, S. 253.
< zurück

[30] Michaela Schiessl, "Politik der Predigten". Während konservative Amerikaner den Kosovo-Krieg stoppen wollen, plädieren die Liberalen für den Einmarsch, in: Der Spiegel 21,

24.5.1999.
< zurück

[31] Hänsel/Stobbe, Die deutsche Debatte um den Kosovo-Krieg, S. 121.
< zurück

[32] Schiessl, Der Spiegel, 24.5.1999.
< zurück

[33] Zit. nach Arno Neuber, Armee für alle Fälle. Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee, ISW-Report 44, August 2000, S. 7.
< zurück

[34] "Aufbruch und Erneuerung - Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert". Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen, Bonn, 20. Oktober 1998.
< zurück

[35] Hubert Wetzel, "Engstirnig, völkerrechtswidrig, erfolglos". Wissenschaftler kritisieren die Strategie der Nato im Kosovo-Krieg, in: Süddeutsche Zeitung, 9.6.1999.
< zurück

[36] Jürgen Elsässer, Kriegslügen. Vom Kosovo-Konflikt zum

Milošević-Prozess, Berlin 2004, S. 38.
< zurück

[37] Schröder hatte als Kanzlerkandidat schon am 16. August 1998 verkündet, sich ein Eingreifen der NATO im Kosovo auch ohne UNO-Mandat vorstellen zu können. Vgl. Ralph Hartmann, Es war Vorsatz im Spiel: Ziel des Krieges war der Krieg, in: Wolfgang Richter/Elmar Schmähling /Eckart Spoo (Hg.), Die Wahrheit über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien, Schkeuditz 2000, S. 62-68, S. 63.
< zurück

[38] Rafik Schami, Mit fremden Augen gesehen, in: Wochenzeitung, 20.5.1999.
< zurück

[39] Ralf Dahrendorf, Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie, Frankfurt a.M. 1979, S. 147.
< zurück

[40] Dahrendorf, Lebenschancen, S. 149.
< zurück

[41] Dahrendorf, Lebenschancen, S. 150.
< zurück

[42] Innerhalb dieser Diskussion wird der Begriff als Abkehr von der

traditionellen Lehre und damit sachlich beschreibend und nicht moralisch wertend verwendet.
< zurück

[43] Jörg Lau, Die Verräter sind unter uns. Cohn-Bendit, Enzensberger, Fischer & Co.: Sie kämpften für die Weltrevolution, nun verteidigen sie Grundgesetz, Unternehmertum oder Nato-Bomben. Nie waren Renegaten einflußreicher als heute. Ist ihre Inkonsequenz Klugheit oder Opportunismus?, in: Die Zeit, 22.4.1999
< zurück

[44] Frank Deppe, Nach dem Krieg ist vor dem Krieg. Die Risiken der "Neuen Weltordnung" und die neue Strategie der NATO, in: Junge Welt, 7.9.1999.
< zurück

[45] Zur Geschichte der deutschen Friedensbewegung vgl. Willi van Ooyen, Aspekte der politischen und historischen Entwicklungen der Friedensbewegung der Bundesrepublik Deutschland, in: Michael Berndt/Ingrid El Masry (Hg.), Konflikt, Entwicklung, Frieden. Emanzipatorische Perspektiven in einer zerrissenen Welt (Kasseler Schriften zur Friedenspolitik 8), Festschrift für Werner Ruf, Kassel 2003, S. 309-325.
< zurück

[46] Fichter gehörte 1992 zu den Neugründern des Hofgeismarer Kreises, der an die Tradition des ersten Hofgeismarer Kreises national gesinnter Jungsozialisten zwischen 1923 und 1926 anknüpfte. Vgl. Wikipedia-Eintrag.
< zurück

[47] Elsässer, Kriegslügen, S. 36.
< zurück

[48] Tilman Fichter, In der neuen Heimat der Weltmoral? Deutschland, die Völkergemeinschaft und der bosnische Krieg. Die Gewalt entwaffnen, in: Die Welt, 26.2.1994, zit. nach Hartmann, Es war Vorsatz im Spiel, S. 63.
< zurück

[49] Zum Wandel deutscher Außenpolitik seit 1990 vgl. Rafael Biermann, Deutsche Konfliktbewältigung auf dem Balkan - eine Einführung, in: Ders. (Hg.), Deutsche Konfliktbewältigung auf dem Balkan. Erfahrungen und Lehren aus dem Einsatz (Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung Center for European Integration Studies der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 37), Baden-Baden 2002, S. 13-36.
< zurück

[50] Klaus Naumann, Vorwort, in: Rafael Biermann (Hg.), Deutsche Konfliktbewältigung auf dem Balkan. Erfahrungen und Lehren aus

dem Einsatz (Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung Center for European Integration Studies der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 37), Baden-Baden 2002, S. 7-12, S. 7.
< zurück

[51] Christoph Schwennicke, SPD-Linke fordert sofortiges Ende der Kampfhandlungen. "Bombardement der Nato wendet die Katastrophe im Kosovo nicht ab, sondern beschleunigt sie", in: Süddeutsche Zeitung, 7.4.1999.
< zurück

[52] Schwennicke, Süddeutsche Zeitung, 7.4.1999.
< zurück

[53] Reuters, Die Entschließung der SPD zum Kosovo, in: Süddeutsche Zeitung, 13. 4. 1999.
< zurück

[54] Angelika Beer: Nicht alle diplomatischen Spielräume genutzt. Kosovo-Einsatz spaltet die Grünen, in: Süddeutsche Zeitung, 12.4.1999.
< zurück

[55] Elmar Altvater, "Nicht mehr alle Tassen im Schrank", in: Junge Welt, 19.5.1999.

< zurück

[56] Der Plan vom 14. April 1999 sah eine 24stündige Feuerpause, die Einbindung Russlands in die Nachkriegsentwicklung, ein UN-Mandat, den Rückzug serbischer Truppen, die Entmilitarisierung der UÇK und die Implementierung einer Übergangsverwaltung vor. Der politische Status des Kosovo sollte später geklärt werden. Vgl. SZ, EU will Annan in Friedenslösung einbinden Staats- und Regierungschefs beraten auf Brüsseler Sondergipfel mit dem UN-Generalsekretär. Forderungen an Belgrad sollen als Resolution in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eingebracht werden, in: Süddeutsche Zeitung, 15. 4. 1999. - Am 6. Mai 1999 wurde der Plan auf dem Treffen der G-8 beraten und am 2. Juni angenommen. Das serbische Parlament stimmte am 3. Juni nach der Zusage territorialer Unversehrtheit Jugoslawiens zu.
< zurück

[57] feststellte
< zurück

[58] Heribert Prantl, Franz von Assisi und die Nato. Wohin ist der deutsche Pazifismus verschwunden?, in: Süddeutsche Zeitung, 26.3.1999.
< zurück

[59] Cora Stephan, Der moralische Imperativ. Die

Friedensbewegung und die neue deutsche Außenpolitik, in: Thomas Schmid (Hg.), Krieg im Kosovo, Reinbek bei Hamburg 1999, S. 269-277, S. 272.
< zurück

[60] Heinz Loquai, Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg. Die Zeit von Ende November 1997 bis März 1999 (Demokratie, Sicherheit, Frieden 129), Baden-Baden 2000, S. 158.
< zurück

[61] Zur Sichtweise Fischers vgl. Joschka Fischer, Die rot-grünen Jahre. Deutsche Außenpolitik – vom Kosovo bis zum 11. September, Köln 2007.
< zurück

[62] "Wenn ich Sie sprechen höre, habe ich manchmal Angst, daß Sie die sofortige Bombardierung Belgrads fordern, nur um im Rennen der Realpolitiker weiter vorn zu sein." Volker Rühe am 19. Juni 1998 im Bundestag. Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 13/242 vom 19.06.1998
< zurück

[63] Prantl, Süddeutsche Zeitung, 26.3.1999.
< zurück

[64] Matthias Geis/Andrea Seibel, Warten auf den nächsten Parteitag, in: taz, 30.12.1994. Vgl. auch Fischers Aussagen in der Wochenzeitung Die Woche, 30.12.1994.
< zurück

[65] Geis/Seibel, taz, 30.12.1994.
< zurück

[66] Spiegel-Gespräch, "Milošević wird der Verlierer sein". Außenminister Joschka Fischer über den Stand im Krieg gegen Jugoslawien, über die Kriegsziele der Nato und seine fehlgeschlagene Friedensinitiative, in: Der Spiegel, 19.4.1999.
< zurück

[67] Vgl. Germinal Civikov, Srebrenica. Der Kronzeuge, Wien 2009.
< zurück

[68] Margrit Spindeler, Vorstand Vive Zene e.V., Erst "seit Srebrenica"? Das Zentrum für Frauen und Kinder in Tuzla (Bosnien) – Vive Zene e.V. - wendet sich in einem Brief an Joschka Fischer, zit. nach www.infopartisan.net/archive/kosovo/ko17199.html, 3.3.2015.
< zurück

[69] So Fischer im Interview mit Geis/Seibel, taz, 30.12.1994.
< zurück

[70] Prantl, Süddeutsche Zeitung, 26.3.1999

< zurück

[71] Prantl, Süddeutsche Zeitung, 26.3.1999
< zurück

[72] Christian Y. Schmidt, Die Grünen, die NATO und der Krieg, in: Klaus Bittermann/Thomas Deichmann (Hg), Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben. Die SPD, die Grünen, die Nato und der Krieg auf dem Balkan (Critica Diabolis 86), Berlin 1999, S. 133-154; Andreas Spannbauer, Der lange Marsch, in: Jürgen Elsässer (Hg.), Nie wieder Krieg ohne uns, Berlin 1999, S. 43-49; Jutta Ditfurth, Zahltag, Junker Joschka! (Teil 1-10), in: Neue Revue zwischen 14.10. und 16.12.1999.
< zurück

[73] Vgl. Jutta Ditfurth, Zahltag, Junker Joschka! (Teil 1-10), in: Neue Revue zwischen 14.10. und 16.12.1999.
< zurück

[74] Zur linken Kritik an Cohn-Bendit vgl. stellvertretend Pascal Beucker, Pazifist der Reserve. Über die politische Karriere des Daniel Cohn-Bendit, in: Konkret 11/1995, S. 12-19.
< zurück

[75] Daniel Cohn-Bendit, Zwei Jahre Verbrechen auf dem Balkan, und Europa ist immer noch in manisch-depressiver Untätigkeit

gefangen. Was haben wir getan!, in: taz, 20.4.1994. Dieser Hinweis bei Christian Y. Schmidt, Die Grünen, die NATO und der Krieg, in: Klaus Bittermann/Thomas Deichmann (Hg), Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben. Die SPD, die Grünen, die Nato und der Krieg auf dem Balkan (Critica Diabolis 86), Berlin 1999, S. 133-154, S. 138.
< zurück

[76] Matthias Geis/Andrea Seibel, Warten auf den nächsten Parteitag, in: taz, 30.12.1994.
< zurück

[77] Vgl. Schmidt, Die Grünen, S. 140.
< zurück

[78] Schon 1991 verließen viele linke Grüne, darunter die ehemalige Bundesvorsitzende Jutta Ditfurth, die Partei aus Protest gegen die Rechtsentwicklung. 1999 erklärte mit Elmar Altvater ein weiteres Gründungsmitglied und intellektueller Kopf der Grünen seinen Rückzug aus der Partei.
< zurück

[79] "Bestandteil dieser Inszenierung war auch der Wechsel des Vornamens auf dem Weg zum Gipfel wie die ästhetische Anpassung an den asketischen Leistungskörper, der Dynamik und die Bereitschaft zur Flexibilität ausstrahlen und ein Gegenbild schaffen

sollte zur Fettleibigkeit des amtierenden Kanzlers, die Behäbigkeit und Stillstand signalisierte." Günter Amendt, Psychogramm einer neuen Kriegsgeneration, in: Klaus Bittermann/Thomas Deichmann (Hg), Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben. Die SPD, die Grünen, die Nato und der Krieg auf dem Balkan (Critica Diabolis 86), Berlin 1999, S. 155-159, S. 157f. Erstmals erschienen unter Günter Amendt, Wer wie was, wieso weshalb warum. Key Players – Psychogramm einer neuen Kriegsgeneration, in: Freitag, 7.5.1999.
< zurück

[80] Vgl. Amendt, Freitag, 7.5.1999.
< zurück

[81] Ditfurth, Neue Revue, 21.12.1999.
< zurück

[82] Frank Schirrmacher, Die Lehre des Krieges. Der Kosovo-Konflikt als Bildungsroman, in: FAZ, 22.5.1999. Zur Abrechnung mit Fischers "Realpolitik" vgl. Ditfurth, Neue Revue zwischen 14.10. und 16.12.1999.
< zurück

[83] Jürgen Elsässer, Lumpen-Intelligenzija. Die Grünen als Vollstrecker der negativen Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft, in: Konkret 6/99, S. 16f, S. 16.
< zurück

[84] Elsässer, Lumpen-Intelligenzija, S. 17

< zurück

[85] Ditfurth, Neue Revue 42/99, 14.10.1999.

< zurück

[86] Jutta Ditfurth, Zahltag, Junker Joschka! (Teil 3) Der Prügel-Macho und das böse Wort ‚Öko-Nillen', in: Neue Revue, 28.10.1999.

< zurück

[87] So Schriftstellerin Renate Wiggershaus angesichts des "realpolitischen" Verständnisses von Fischer und Co. für Ernst Jünger, der 1982 unter Widerstand der Grünen und Teilen der SPD den Goethepreis der Stadt Frankfurt erhielt. Vgl. Ditfurth, Neue Revue, 28.10.1999.

< zurück

[88] Vgl. Ditfurth, Neue Revue zwischen 14. 10. und 16.12.1999.

< zurück

[89] Jutta Ditfurth, Zahltag, Junker Joschka! (Teil 10) Selbstverliebt... überheblich... eine Charaktermaske... ein Verräter... "Er ist ein armseliger Mensch...", in: Neue Revue 51/99, 16.12.1999.

< zurück

[90] Ditfurth, Neue Revue 51/99, 16.12.1999.

< zurück

[91] Ditfurth, Neue Revue 51/99, 16.12.1999.
< zurück

[92] Matthias Küntzel, Miloševićs willige Vollstrecker? Goldhagen, Deutschland und der Kosovo-Krieg, in: Jürgen Elsässer/Andrei S. Markovits (Hg.), "Die Fratze der eigenen Geschichte". Von der Goldhagen-Debatte zum Jugoslawien-Krieg, Berlin 1999, S. 171-181, S. 180.
< zurück

[93] Küntzel, Miloševićs willige Vollstrecker, S. 178.
< zurück

[94] Horst-Eberhard Richter, Die Alpträume wachsen. Der Krieg weckt alte Ängste, in: Die Zeit 19, 6.5.1999.
< zurück

[95] Tjark Kunstreich, Der deutsche Krieg, in: Konkret 6/1999, S. 24-26, S. 26.
< zurück

[96] Hermann L. Gremliza, Wenn die Deutschen Auschwitz nicht erfunden hätten, hätten sie Auschwitz erfinden müssen, in: Wolfgang Schneider (Hg.), Wir kneten ein KZ. Aufsätze über Deutschlands Standortvorteil bei der Bewältigung der Vergangenheit (Konkret Texte 24), Hamburg 2000, S. 7-12, S. 8.

< zurück

[97] Vgl. dazu den "Historiker-Streit" bzw. eine Erwiderung auf die Revisionisten Ernst Nolte, Michael Stürmer u.a. im Band von Gernot Erler, Ohne Rücksicht auf Verluste. Der deutsche "Historikerstreit" im Spiegel des Auslands, in: Gernot Erler/Rolf-Dieter Müller/Ulrich Rose/Thomas Schnabel/Gerd R. Ueberschär/ Wolfram Wette (Hg.), Geschichtswende? Entsorgungsversuche zur deutschen Geschichte, Freiburg i.Br. 1987.
< zurück

[98] Gremliza, Wenn die Deutschen Auschwitz nicht erfunden hätten, S. 9.
< zurück

[99] Gremliza, Wenn die Deutschen Auschwitz nicht erfunden hätten, S. 9.
< zurück

[100] Zur Dokumentation vgl. Frank Schirrmacher (Hg.), Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt a.M. 1999. Zur Kritik an Walsers "Sonntagsrede" vgl. Gerd Wiegel/Johannes Klotz (Hg.), Geistige Brandstiftung? Die Walser-Bubis-Debatte, Köln 1999; Deutsch-israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V. (Hg.), Walser und die Folgen. Zur Debatte um die Rede Martin Walsers anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des

Deutschen Buchhandels (Israel & Palästina 54), März 1999.
< zurück

[101] Gremliza, Wenn die Deutschen Auschwitz nicht erfunden hätten, S. 9.
< zurück

[102] Gremliza, Wenn die Deutschen Auschwitz nicht erfunden hätten, S. 12.
< zurück

[103] Joachim Rohloff, Kriegsverwendungsfähig. Zwei Möglichkeiten, Auschwitz zu benutzen, um es zu erledigen, in: Wolfgang Schneider (Hg.), Wir kneten ein KZ. Aufsätze über Deutschlands Standortvorteil bei der Bewältigung der Vergangenheit (Konkret Texte 24), Hamburg 2000, S. 54-70, S. 69.
< zurück

[104] Rudolf Walther, Illusionen und Realitäten. Vom originellen zum endgültigen Intellektuellen, in: Freitag, 16.2.2001.
< zurück

[105] Walther, Freitag, 16.2.2001.
< zurück

[106] Mick Hume, Whose War is it anyway? The Dangers of the Journalism of Attachment, London 1997, S. 28.

< zurück

[107] Jürg Altwegg, Krieg als Katharsis. Französische Zustände: Die Achtundsechziger und der Ernstfall, in: FAZ, 26.5.1999.
< zurück

[108] Altwegg, FAZ, 26.5.1999.
< zurück

[109] Altwegg, FAZ, 26.5.1999.
< zurück

[110] Walter van Rossum, Die Kavallerie des Geistes, in: taz, 14.4.1999.
< zurück

[111] Es handelt sich um den Zerstörer Lütjens, benannt nach dem Admiral Günther Lütjens, vgl. http://www.lexikon-der-wehrmacht.de/Personenregister/L/LuetjensG.htm, 3.3.2015.
< zurück

[112] Hermann L. Gremliza, Vorwort, in: Jürgen Elsässer (Hg.), Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik (Konkret Texte 22), Hamburg 1999, S. 9-12, S. 12.
< zurück

[Anmerkung zum Titel] Nadja Klinger/Andreas Lehmann, "Das

verstehst du nicht, das ist der Balkan". Heiko Franzen, Ex-Pressesprecher der deutschen KFOR-Einheit, über den Kosovo-Konflikt und die Berichterstattung, in: Der Tagesspiegel, 1.12.2000. Diesen Hinweis und den Artikel verdanke ich Theodor Ebert, Die poetische Methode und ihre Grenzen - oder Peter Handkes Reiseberichte aus Jugoslawien als Friedenstexte, in: Ulrich Albrecht/ Jörg Becker (Hg.), Medien zwischen Krieg und Frieden (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. 29), Baden-Baden 2002, S. 247-266, S. 248.
< zurück

[113] Dieser Artikel basiert auf der Auswertung und Analyse des Kosovo-Diskurses in den deutschen Printmedien FAZ, Süddeutsche Zeitung, taz, Die ZEIT und Der Spiegel im Zeitraum 1998 bis Juni 1999 unter fallweiser Hinzuziehung weiterer Medien, auch aus dem deutschsprachigen Ausland. Die Berichterstattung bis Kriegsbeginn am 24. März 1999 wurde punktuell anhand markanter Ereignisse erfasst, die Zeit der NATO-Intervention zwischen 24. März und 10. Juni wurde systematisch ausgewertet.
< zurück

[114] Vgl. Matthias Rüb, Vor dem Kampf um Peja, Prizren, Prishtina? Strategien, Ankündigungen und Möglichkeiten der Befreiungsarmee Kosovo, in: FAZ, 21.7.1998
< zurück

[115] Gabriele C. H. Vollmer, Polarisierung in der Kriegsberichterstattung. Inhaltsanalytische Untersuchung bundesdeutscher Tageszeitungen am Beispiel des Jugoslawienkrieges, Univ.-Diss., Münster 1994, S. 229.
< zurück

[116] So z.B. Constanze Stelzenmüller, Krieg in Sicht. Die Nato muß dem serbischen Terror im Kosovo ein Ende setzen. Mit deutscher Hilfe?, in: Die Zeit 42, 8.10.1998.
< zurück

[117] Vgl. Kurt Gritsch, Inszenierung eines gerechten Krieges? Intellektuelle, Medien und der "Kosovo-Krieg" 1999, Hildesheim 2010, bes. S. 234-238
< zurück

[118] Jörg Becker, Medien im Krieg, in: Ulrich Albrecht/Jörg Becker (Hg.), Medien zwischen Krieg und Frieden (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. 29), Baden-Baden 2002, S. 13-26, S. 13
< zurück

[119] Becker, Medien im Krieg, S. 14.
< zurück

[120] awy (Andreas Wysling), Trauerzüge und Ruinen in Drenica.

Massaker an Kosovo-Albanern als Beginn der "ethnischen Säuberung"?", in: NZZ, 19.3.1998.
< zurück

[121] awy, NZZ, 19.3.1998
< zurück

[122] Matthias Küntzel, Der Weg in den Krieg. Deutschland, die Nato und das Kosovo, Berlin 2000, S. 39.
< zurück

[123] Sacha Alexandrovic, "Trauerzüge in Drenica" (Briefe an die NZZ), in: NZZ, 28.4.1998
< zurück

[124] Alexandrovic, NZZ, 28.4.1998.
< zurück

[125] Der für die Besichtigung von Adem Jasharis zerstörtem Haus verantwortliche ehemalige UÇK-Mann bejahte am 22. April 2007 bei meinem Besuch in Prekaz meine Frage, ob Frauen und Kindern hätten in Sicherheit gebracht werden können. Gleichzeitig erklärte er, die serbischen Sondertruppen hätten stets beim Umstellen eines Gebäudes mutmaßlicher UÇK-Kämpfer die Bewohner aufgefordert, sich zu ergeben. Jashari habe aber seine Familie nicht "den Serben" übergeben wollen, da Kosovo "sein Land" gewesen

sei, von dem er sich mit seiner Familie nicht lebend vertreiben lassen wollte.

< zurück

[126] Küntzel, Weg in den Krieg, S. 40.

< zurück

[127] Vgl. Mira Beham, Der Informationskrieg um das Kosovo, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden 3/2000, S. 218-226, S. 222

< zurück

[128] Erich Rathfelder, Massengräber jetzt auch im Kosovo entdeckt, in: taz, 5.8.1998.

< zurück

[129] Matthias Rüb, Kosovo. Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa, München 1999, S. 83.

< zurück

[130] Erich Rathfelder, Massengräber im Kosovo. Hunderte Kinder verscharrt?, in: Die Presse, 5.8.1998.

< zurück

[131] Horst Pankow, Gestank, Chaos, Grauen. Die blutige Spur des Erich Rathfelder, in: Klaus Bittermann/Thomas Deichmann (Hg.), Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben. Die SPD, die

Grünen, die Nato und der Krieg auf dem Balkan (Critica Diabolis 86), Berlin 1999, S. 26-31, S. 27ff.
< zurück

[132] Matthias Rüb, "Phönix aus der Asche". Die UÇK: Von der Terrororganisation zur Bodentruppe der Nato?, in: Thomas Schmid (Hg.), Krieg im Kosovo, Reinbek bei Hamburg 1999, S. 47-62, S. 58.
< zurück

[133] Auswärtiges Amt, Lagebericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Bundesrepublik Jugoslawien (Stand: November 1998), 514-516.80/3 YUG, 18. November 1998, S. 18, zit. nach Jürgen Elsässer, Kriegsverbrechen. Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo Konflikt (Konkret Texte 27), Hamburg 2000, S. 182.
< zurück

[134] Die Gesamtzahl der Toten betrug 45, fünf waren allerdings laut KVM Special Report bereits von ihren Familien von Racak nach Malopoljce überführt worden. Spezialbericht der KVM zum "Massaker von Racak" (OSCE, Kosovo Verification Mission, 17th January 1998 (sic!), Special Report: Massacre of Civilians in Racak), zit. nach Heinz Loquai, Weichenstellungen für einen Krieg. Internationales Konfliktmanagement und die OSZE im Kosovo-Konflikt (Demokratie, Sicherheit, Frieden 150), Baden-Baden 2003,

S. 190-194, hier S. 193.
< zurück

[135] Vgl. Christophe Chatelot, Les morts de Racak ont-ils vraiment été massacres froidement?, in: Le Monde, 21.1.1999.
< zurück

[136] Vgl. Renaud Girard, "Kosovo: zones d"ombre sur un massacre", in: Le Figaro, 20.1.1999.
< zurück

[137] Küntzel, Weg in den Krieg, S. 157.
< zurück

[138] Matthias Rüb, Nach dem Massaker von Reçak steht die OSZE-Mission hilflos da, in: FAZ, 18.1.1999.
< zurück

[139] Loquai, Weichenstellungen für einen Krieg, S. 164.
< zurück

[140] Matthias Rüb, Der serbische Wahnsinn folgt einer inneren Logik, in: FAZ, 20.1.1999
< zurück

[141] Loquai, Weichenstellungen für einen Krieg, S. 165.
< zurück

[142] Vgl. die Analyse der Berichterstattung zum "Massaker von Racak" in NZZ, FAZ, Die Presse, Der Standard und Süddeutsche Zeitung zwischen 18. und 21. 1. von Loquai, Weichenstellungen für einen Krieg, S. 163-169. Inzwischen ist auch der entsprechende Wikipedia-Artikel dazu sehr umfangreich und kontrovers, 3.3.2015.
< zurück

[143] Am 5. 2. 1994 starben bei einer Explosion auf dem Marktplatz von Sarajevo 68 Menschen. Obwohl nicht geklärt werden konnte, welcher Kriegspartei das Attentat zuzurechnen war - vgl. David Binders Bericht in der Züricher Weltwoche, Nr. 24/94 -, machten speziell deutsche Printmedien einen Tag später bosnische Serben dafür verantwortlich. Vgl. Wolfgang Schneider, Totaler Konsens, in: Ders., Bei Andruck Mord. Die deutsche Propaganda und der Balkankrieg (konkret texte 12), Hamburg 1997, S. 143-149.
< zurück

[144] Roland Heine/Thomas Götz, OSZE-Vertreter widerlegen Walker, in: Berliner Zeitung, 13.3.1999
< zurück

[145] Küntzel, Weg in den Krieg, S. 10.
< zurück

[146] Beham, Informationskrieg um das Kosovo, S. 222-224 bzw. die Rezeptionsanalyse von Küntzel, Der Weg in den Krieg.

< zurück

[147] Loquai, Weichenstellungen für einen Krieg, S. 12-19.
< zurück

[148] Aus einem Zusatz zum Bericht der deutschen Botschaft in Belgrad vom 16. Juni 1998, Loquai, Weichenstellungen für einen Krieg, S. 22.
< zurück

[149] Loquai, Weichenstellungen für einen Krieg, S. 23.
< zurück

[150] Erklärung der IG Medien zum Kosovo-Krieg, 26.3.1999, zit. nach http://www.dkp-hessen.de/alle_welt/jugoslawien/kosovo-ig-medien2.htm, 3.3.2015.
< zurück

[151] Ulrike Schulz, Sind Deutschlands Medien gleichgeschaltet?, in: Junge Welt, 30.3.1999.
< zurück

[152] Franziska Hundseder, Herrn Miloševićs Ohr. Die Medien und der Krieg, in: M - Menschen machen Medien 6/1999.
< zurück

[153] Günter Herkel, Krieg und Medien. Eine kommentierte

Presseschau zum Jugoslawien-Krieg, in: M - Menschen machen Medien 6/1999.
< zurück

[154] Dieter S. Lutz, Das Beispiel Kosovo: Lehrstück wider den Humanitären Interventionismus, in: Georg Meggle (Hg.), Humanitäre Interventionsethik. Was lehrt uns der Kosovo-Krieg?, Paderborn 2004, S. 267-288, S. 280.
< zurück

[155] 190 Leitartikel sowie 255 weitere, von den Autoren nicht ausgewertete Kommentare verdeutlichen, dass es sich um ein außergewöhnliches diskursives Ereignis handelte. Allein die taz veröffentlichte 47 Leitartikel, gefolgt von FAZ und Frankfurter Rundschau mit 37, Süddeutsche Zeitung mit 36 und Die Welt mit 33. Christiane Eilders/Albrecht Lüter, Gab es eine Gegenöffentlichkeit während des Kosovo-Krieges? Eine vergleichende Analyse der Deutungsrahmen im deutschen Mediendiskurs, in: Ulrich Albrecht/Jörg Becker (Hg.), Medien zwischen Krieg und Frieden (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V.
< zurück

[156] Eilders/Lüter, Gegenöffentlichkeit, S. 118.
< zurück

[157] Eilders/Lüter, Gegenöffentlichkeit, S. 118.

< zurück

[158] Eilders/Lüter, Gegenöffentlichkeit, S. 118.

< zurück

[159] Außer der PDS teilten alle Bundestagsfraktionen im Wesentlichen den Regierungskurs. Vgl. Eilders/Lüter, Gegenöffentlichkeit, S. 103.

< zurück

[160] Eilders/Lüter, Gegenöffentlichkeit, S. 111.

< zurück

[161] Eilders/Lüter, Gegenöffentlichkeit, S. 111f.

< zurück

[162] Stefan Krempl, Krieg und Internet: Ausweg aus der Propaganda?, Hannover 2004, S. 169f.

< zurück

[163] Krempl, Krieg und Internet, S. 116

< zurück

[164] Krempl, Krieg und Internet, S. 124-131.

< zurück

[165] Krempl, Krieg und Internet, 126.

< zurück

[166] Krempl, Krieg und Internet, S. 129.

< zurück

[167] Krempl, Krieg und Internet, S. 127.

< zurück

[168] Krempl, Krieg und Internet, S. 226.

< zurück

[169] Krempl, Krieg und Internet, S. 226.

< zurück

[170] Klinger/Lehmann, Der Tagesspiegel, 1.12.2000.

< zurück

[171] Klinger/Lehmann, Der Tagesspiegel, 1.12.2000.

< zurück

[172] "Mit den Flüchtlingen wurden politische Spielchen getrieben". Deutscher Lagerarzt: Medien verzerren Realität, in: Die Welt, 18.6.1999.

< zurück

[173] Die Welt, 18.6.1999.

< zurück

[174] Küntzel, Weg in den Krieg, S. 74f.
< zurück

[175] Heinz Loquai, Der Kosovo-Konflikt - Wege in einen vermeidbaren Krieg. Die Zeit von Ende November 1997 bis März 1999 (Demokratie, Sicherheit, Frieden 129), Baden-Baden 2000, S. 146.
< zurück

[176] Dusan Reljic vom Europäischen Medieninstitut in Düsseldorf auf einer Diskussionsveranstaltung in Köln zum Thema ‚Medien im Krieg' im Mai 1999. Vgl. Thomas Gehringer, Die Medien sind Teil der Kriegsführung. Journalisten kritisieren die eigene Berichterstattung über den Kosovo-Konflikt, in: Der Tagesspiegel, 23./24.5.1999.
< zurück

[177] dpa, Der Krieg ist ein Quotenhit. Hohe Marktanteile für die Sondersendungen, in: Süddeutsche Zeitung, 27.3.1999; dpa, Die "Tagesschau" bleibt Quoten-Queen. Starker Zuschauerzuwachs für TV-Nachrichten wegen des Krieges, in: Süddeutsche Zeitung, 10.4.1999; taz, Berichterstattung im Konjunktiv. Kosovo-TV, in: taz, 23.4.1999.
< zurück

[178] Artikel 8 des Annex B, des geheim gehaltenen und Serbien als unverhandelbar vorgelegten Zusatzprotokolls zum Rambouillet-Abkommen sah vor, dass sich NATO-Personal innerhalb der Grenzen Jugoslawiens frei bewegen durfte, ohne an jugoslawische Autoritäten gebunden zu sein. De facto entsprach dieser Passus einer Besatzung des Landes durch die NATO.
< zurück

[179] taz, Dokumentation: Auszüge aus dem Abkommen von Rambouillet, in: taz, 6.4.1999. Vgl. auch Andreas Zumach, Zweifel über die wirklichen Ziele. Weitreichende Bestimmungen im Annex des Kosovo-Abkommens, in: taz, 6.4.1999, sowie ders., Die Rambouillet-Lüge: Was wußte Joschka Fischer?, in: taz, 12.4.1999.
< zurück

[180] taz, Berichterstattung im Konjunktiv. Kosovo-TV, in: taz, 23.4.1999.
< zurück

[181] Becker, Medien im Krieg, S. 13-26, bes. S. 16f.
< zurück

Über den Autor

Kurt Gritsch, geboren 1976, ist promovierter Historiker und Konfliktforscher. Seine Forschungsschwerpunkte sind Zeitgeschichte, Konfliktforschung, Medien- und Rezeptionsgeschichte. Er ist Autor der Bücher "Inszenierung eines gerechten Krieges? Intellektuelle, Medien und der 'Kosovo-Krieg' 1999", Hildesheim 2010, sowie "Peter Handke und 'Gerechtigkeit für Serbien'. Eine Rezeptionsgeschichte", Innsbruck/München/Wien 2009, und hat Beiträge in Fachzeitschriften und Magazinen verölffentlicht, u. a. zum Jugoslawien-Krieg, zum Kosovo-Konflikt, zu den arabischen Revolutionen und zum Ukraine-Konflikt. Er lehrt Geschichte und Deutsch an einem Gymnasium in der Schweiz (GR). Seit 2014 Projektmitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in Innsbruck zum Projekt "Arbeitsmigration in Südtirol".

Impressum

Kurt Gritsch

Nie wieder Krieg (ohne uns)!

Die Rolle von Grünen, Linken und Medien im Kosovo-Krieg

Herausgeber: Florian Rötzer

Umschlaggestaltung & Herstellung: Michael Schuberthan
Titelfoto: U.S. Air Force

ISBN 978-3-95788-029-1 (V1)

Copyright © 2015 Heise Medien GmbH & Co. KG, Hannover

Die vorliegende Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.
Die Verwendung der Texte und Abbildungen, auch auszugsweise, ist ohne die schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und daher strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.
Alle Informationen in diesem Buch wurden mit größter Sorgfalt kontrolliert. Weder Herausgeber, Autor noch Verlag können jedoch für Schäden haftbar gemacht werden, die in Zusammenhang mit der Verwendung dieses Buches stehen.

Heise Medien GmbH & Co. KG
Karl-Wiechert-Allee 10
30625 Hannover

Weitere Telepolis-eBooks

Gerhard Piper

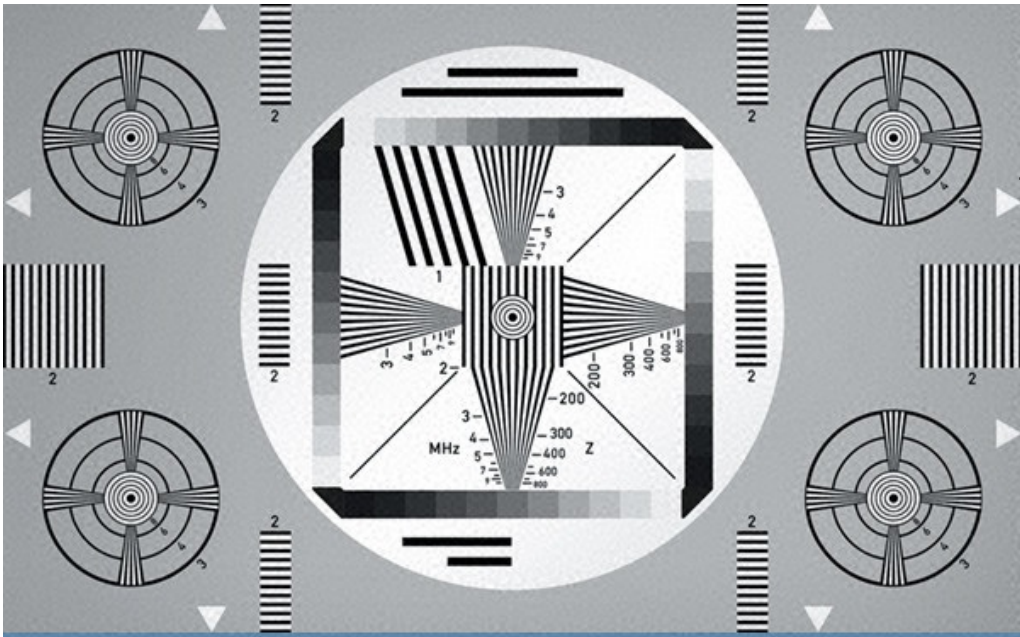
Abhörstaat Deutschland

Die SIGINT-



Landschaft seit 1945 in Ost und West

mehr ▶



Hans-Jürgen Krug Rapider Wandel Über Medien und

Massenmedien

mehr ▶

Hg.: Tomasz Konicz, Florian Rö



Hg.: Tomasz Konicz, Florian Rötzer

AUFBRUCH INS UNGEWISSE

AUF DER SUCHE NACH ALTERNATIVEN ZUR KAPITALISTISCHEN DAUERKRISE

TELEPOLIS

tzer Aufbruch ins Ungewisse Auf der Suche nach Alt

er
na
tiv
en
zu
r
ka
pit
ali
sti
sc
he
n
D
au
er
kri
se

m
eh
r

▶

H



g.: Florian Rötzer

Medien im Krieg

Krise zwischen Leitmedien und ihren Rezipienten

m
ed
ie
n
un
d
ihr
en
Re
zi
pi
en
te
n

m
eh
r
▶

H
g.:
Fl
or
ia
n



Rötzer Parteien im Umbruch Neue politische Gruppierungen

ungen und Bewegungen in Europa

mehr ▶